

## **Inhalt**

### **1 Einleitung ... 9**

### **2 Prekäre Wohnverhältnisse bis 1918 ... 11**

- 2.1 Rechtlosigkeit der MieterInnen versus Macht der „Hausherren“ ... 13

### **3 Ausprägungen der Wohnungslosigkeit um 1900 ...15**

- 3.1 BettgeherInnen ... 15
- 3.2 Obdachlosenfürsorge ... 17
- 3.3 MigrantInnen ... 19
- 3.4 Dienstmädchen ... 22

### **4 Maßnahmen gegen Wohnungsnot im „Roten Wien“ ... 26**

- 4.1 MieterInnenschutz ... 26
- 4.2 Lebensverhältnisse von Arbeiterinnen ... 29
- 4.3 Das prekäre Leben und Arbeiten der Heimarbeiterinnen ... 33

### **5 Wohnungslosigkeit und Fürsorge während der austrofaschistischen Diktatur ... 35**

### **6 Wohnungsraub als Mittel der Wohnbaupolitik im Nationalsozialismus ... 37**

### **7 Alternative Wohnformen ... 43**

- 7.1 SiedlerInnenbewegung ... 43
- 7.2 Das Einküchenhaus „Heimhof“ als alternative Wohnform für Frauen ... 44
- 7.3 Alternative Wohnmodelle seit den 1960er-Jahren ... 49

### **8 Wohnen und Wohnungslosigkeit nach 1945 ... 53**

- 8.1 Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen heute ... 54

### **9 Bibliografie ... 60**

# 1 Einleitung

Diese Studie stellt die Kontinuität der Wohnungslosigkeit von Frauen und Maßnahmen, die dagegen gesetzt wurden und werden, ins Zentrum, berücksichtigt jedoch auch prekäre Wohnverhältnisse, die Männer und Frauen betreffen, wie zum Beispiel Wohnbauprogramme, Delogierungen oder Enteignungen ab 1938. Ein weiterer Fokus liegt auf jenen Frauen, die sich als Dienstmädchen und Heimarbeiterinnen in einer besonders rechtsunsicheren Lage befanden.

Der Schwerpunkt der weitgehend chronologisch aufgebauten Studie liegt auf historischen Entwicklungen vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, daran schließt eine kürzere Darstellung bis in die Gegenwart an. Dabei wurden einzelne Aspekte herausgegriffen, die für den jeweiligen historisch-politischen Kontext bedeutsam erscheinen und historische Quellen zentral berücksichtigt.

Am Beginn der Studie stehen die prekären Wohnverhältnisse in Wien bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, die schlechte rechtliche Situation der MieterInnen und die damit einhergehende Häufigkeit von Delogierungen. Der nächste Abschnitt setzt sich mit den verschiedenen Formen von Wohnungslosigkeit und Obdachlosenfürsorge um 1900 auseinander. Diesem folgt eine etwas ausführlichere Darstellung der prekären Wohnsituation von Dienstmädchen bis etwa 1930. (Danach ging die Zahl der Hausbediensteten rapide zurück, nach 1945 gab es diesen Berufszweig kaum noch). Im nächsten Teil werden sozialpolitische Maßnahmen gegen die Wohnungsnot in Wien unter der sozialdemokratischen Stadtverwaltung bis 1933/34 dargelegt, wie zum Beispiel MieterInnenschutz

und Wohnbauprogramme sowie zeitgenössische soziologische Untersuchungen im Auftrag der Arbeiterkammer zu Lebens- und Wohnverhältnissen proletarischer Frauen – insbesondere der Industriearbeiterinnen und der sehr schlecht gestellten Heimarbeiterinnen – vorgestellt. Die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse während der Diktatur des Austrofaschismus wird gestreift; für die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich konzentriert sich die Studie auf den Wohnungsraub an jüdischen MieterInnen in privaten und Gemeindewohnungen (und auf die damit einhergehende Wohnungslosigkeit). Der nächste Abschnitt unterbricht den chronologischen Aufbau und widmet sich ausgewählten alternativen Wohnformen von 1920 bis heute. Danach werden die Themen Wohnen und Wohnungslosigkeit nach 1945 kurz dargestellt.

Die Begrifflichkeit – soweit auf die historischen Verhältnisse übertragbar – folgt den Definitionen von Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung der BAWO.<sup>1</sup> Zitate wurde an die neue Rechtschreibung, Duden, 25. Auflage, angepasst.

1 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO): Begriffsdefinitionen von Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung, online unter: [www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/definitionen.html](http://www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/definitionen.html) (14.9.1014).

Wohnungen lebten – im Durchschnitt sechs pro Wohnung; weniger als 20 Prozent davon verfügten über eigene Betten für jedeIn BewohnerIn.<sup>8</sup>

## 2.1 Rechtlosigkeit der MieterInnen versus Macht der „Hausherren“

Die Wohnverhältnisse der Wiener Unterschichten waren gekennzeichnet durch hohe Fluktuation und eine sehr kurze Mietdauer: Von den billigsten Wohnungen wurden 1914 etwa 30 Prozent für weniger als ein Jahr gemietet, doch hatten die „Hausherren“ keine Probleme damit, ihre Wohnungen schnell wieder weiterzuvermieten, denn die Leerstandsquote bei Kleinwohnungen betrug 1914 weniger als ein Prozent, bei den Großwohnungen waren etwa vier Prozent unbewohnt. Hohe, nichtgebundene Mieten, Mietzinsrückstände – etwa aufgrund von Krankheit oder Arbeitslosigkeit – und ein bis 1917 inexisterter MieterInnen- und Kündigungsschutz hatten eine große Anzahl von Wohnungskündigungen zur Folge. Laut Statistischem Jahrbuch gab es 1890 knapp 100.000 Delogierungen, 20 Jahre später bereits knapp 140.000; 1913/14 wurden circa 115.000 Wohnungen gekündigt, die Delogierungen sanken während des Kriegs rapide ab – wobei im zweiten Halbjahr 1918 immer noch 17.000 erfolgten.<sup>9</sup> Und das, obwohl die christlich-soziale Gemeindeverwaltung, deren Wohnungspolitik bis 1914 quasi nicht vorhanden war, den Ehefrauen von Eingerückten die Hälfte der Miete bezahlte und „Hausherren“ Teile der Hauszinssteuer erließ. Wohnungen wurden monatlich oder vierteljährlich vermietet, bei Kündigung waren sie binnen acht oder 14 Tagen zu räumen, der „Hausherr“ musste keine Gründe dafür angeben. Auch war es ihm erlaubt, bei Zinsrückständen alle Gegenstände in der Wohnung zu pfänden, unabhängig davon, wem diese gehörten.<sup>10</sup> In einer Notiz aus der „Arbeiterzeitung“ vom

8 Vgl. Bruno Frei: Wohnungs-Elend, Wien 1919. Zit. n. Feldbauer, Hösl, Die Wohnverhältnisse der Wiener Unterschichten, 687.

9 Vgl. Barbara Sorge: Delogierungen geschehen. In: Wiener Zeitung 2.10.2012, online unter: [www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtleben/491091\\_Delogierungen-geschehen.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtleben/491091_Delogierungen-geschehen.html) (12.4.2014).

10 Vgl. John, Hausherrenmacht und Mieterelend, 8f., 17.

18. April 1911 ist unter dem Titel „Großstadtelend“ vom Selbstmordversuch der obdachlos gewordenen Katharina Plachy aus Wien-Favoriten zu lesen. Ihr Schicksal ist ein „typisches“: Die 39-jährige mittellose Witwe, die infolge der Erkrankung zweier ihrer drei Kinder gezwungen war, ihre Erwerbstätigkeit zurückzustellen, war den Mietzins schuldig geblieben und versuchte, sich der drohenden Delogierung durch die Einnahme von Lysol zu entziehen. Die Frau kam ins Krankenhaus, der Kinder „hat sich die Polizeibehörde angenommen.“<sup>11</sup>

11 Vgl. Großstadtelend. In: Arbeiterzeitung 18.4.1911, 4, online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgicontent/anno?aid=aze&datum=19110418&seite=4&zoom=33> (6.4.2014).

## 2 Prekäre Wohnverhältnisse bis 1918

Bereits um 1800 war die Wohnungssituation in Wien prekär. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts spitzte sich die Lage weiter zu, da im Zuge der – im internationalen Vergleich verspätet einsetzenden – Industrialisierung und der Grundentlastung der BäuerInnen 1848 der Zuzug in die Hauptstadt des Habsburgerreichs stark anstieg. Die ungerechte Grundverteilung (vor allem in Böhmen und Mähren), Missernten, der große Arbeitskräftebedarf der Fabriken und infolge der Stadterneuerung (Bau der Ringstraße, Bahnhöfe) sowie der Börsenkrach 1873 trieben die nun proletarisierten BäuerInnen, KleingewerblerInnen und HandwerkerInnen in Massen in die Städte.<sup>2</sup> Und während die EinwohnerInnenzahl Wiens von 431.000 im Jahr 1850 auf knapp über eine Million im Jahr 1880 und bis 1924 auf etwas mehr als zwei Millionen stieg<sup>3</sup>, blieb der Wohnbau bis 1923 durchwegs hinter den Minimalbedürfnissen der rasch wachsenden Stadt zurück. Die Aufhebung der Hofquartierspflicht<sup>4</sup>, Flächenumwidmungen und eine Steuerbefreiung für Neubauten hatten bereits ab 1800 einen kapitalistischen Wohnungsmarkt entstehen lassen, der kaum staatlich kontrolliert bzw. eingeschränkt wurde. Das starke Bevölkerungswachstum und das Fehlen einer aktiven staatlichen bzw. kommunalen Wohnungspolitik ließen die Wohnungsnot in Wien zu einer „bleibenden Calamität“ (so der Wohnungsreformer Emil Sax) werden – die Mieten vervierfachten sich 1850 bis 1914 beinahe und waren seit der Jahrhundertwende etwa doppelt so rasch gestiegen wie die Lebenshaltungskosten, wobei Geldwertschwankungen berücksichtigt sind.<sup>5</sup>

Das Wohnungselend betraf vor allem die ArbeiterInnen (unter ihnen viele Zugewanderte), die in den

2 Wolfgang Maderthaler: Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945. In: Peter Csendes, Ferdinand Oppl (Hg.): Wien – Geschichte einer Stadt. Bd. 3: Von 1790 bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar 2006, 175–544, hier: 176.

3 Vgl. Peter Feldbauer: Stadtwachstum und Wohnungsnot, Wien 1977, 314. 1850 waren die Vorstädte (2. bis 9. Bezirk) eingemeindet worden, 1892 die 34 Vororte jenseits des Linienvalls (= Gürtel) und Wien wurde in 19 Bezirke eingeteilt. Floridsdorf kam 1905 zu Wien.

4 Am Hof Beschäftigte wurden mit einer adäquaten Wohnung ausgestattet. Dazu verpflichtete der Kaiser die Besitzer von steuerbaren, „bürgerlichen“ Häusern, einen Teil ihrer Häuser als Quartier an sein hofquartierfähiges Gefolge abzutreten. Vgl. Maximilian Maurer: Das Hofquartierwesen am Wiener Hof in der frühen Neuzeit, Wien Dipl.Arb. 2013, 1.

5 Vgl. Peter Feldbauer, Wolfgang Hösl: Die Wohnverhältnisse der Wiener Unterschichten und die Anfänge des genossenschaftlichen Wohn- und Siedlungswesens. In: Gerhard Botz u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien/München/Zürich 1978, 683-709, hier: 684-686.

besonders nachgefragten Markt für Klein- und Kleinstwohnungen in den ehemaligen Vororten drängten. Drei Viertel der Wiener Wohnungen bestanden aus einem halben bis eineinhalb Zimmern, mit gangseitig angelegten Küchen und kleinen Lichthöfen (meist Zimmer-Küche-, Zimmer-Küche-Kabine- bzw. Küche-Kabine-Wohnungen), und waren durch ungenügende sanitäre Verhältnisse gekennzeichnet: Noch 1917 waren 92 Prozent der Wohnungen Wiens ohne WC und 95 Prozent hatten keine eigene Wasserleitung („Bassenwohnungen“).<sup>6</sup> Die hohen Mieten führten zu enormen Überbelegungen der Kleinwohnungen und zwangen Familien, neben mehreren Kindern auch UntermieterInnen und BettgeherInnen in maximal zwei Zimmern unterzubringen. 1890 verfügten 79 Prozent der ArbeiterInnen über eigene Wohnungen, 1910 waren es 85 Prozent. Während 1870 noch knapp ein Viertel der ArbeiterInnen in Untermiete bzw. als BettgeherInnen lebte, verringerte sich diese Zahl 1890 auf 13 und im Jahr 1910 auf neun Prozent. Bei den ArbeitgeberInnen lebten 4,5 Prozent, 1910 lag dieser Anteil bei drei Prozent.<sup>7</sup> Das Sinken der durchschnittlichen Haushaltsgröße bis 1910 lässt sich nicht auf eine verbesserte Wohnsituation zurückführen, sondern auf Vorschriften wider das BettgeherInnentum, ein Ansteigen der Einpersonenhaushalte, mehr Heiraten und kleine Wohnungen. Im Gegenteil – das Wegfallen haushaltsfremder Personen bedeutete vielfach fehlende Zusatzeinkünfte, da die VermieterInnen meist selber schlecht verdienende ArbeiterInnen waren.

Während und besonders nach dem Ersten Weltkrieg verschärfte sich die Wohnungsnot abermals: Gründe dafür waren einerseits vermehrte Zuwanderung von Flüchtlingen aus dem Osten der (ehemaligen) Habsburgermonarchie und rückkehrende BeamtenInnen, andererseits eine Zunahme der Eheschließungen und fehlende Bautätigkeit – von 1915 bis 1924 gab es einen nur siebenprozentigen Wohnungszuwachs). So ergab eine Erhebung der Zeitung „Der Abend“ im Jahr 1919, dass in Kleinwohnungen in der Leopoldstadt und der Brigittenau 404 Personen in 68

6 Vgl. Alfred Georg Frei: *Austromarxismus und Arbeiterkultur. Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik im „roten“ Wien 1919–1934*, Konstanz 1989, 86.

7 Vgl. Michael John: *Hausherrn-macht und Mieterelend. Wohnverhältnisse und Wohnerfahrung der Unterschichten in Wien 1890–1923*, Wien 1982, 5.

# 3 Ausprägungen der Wohnungslosigkeit um 1900

## 3.1 BettgeherInnen

Der Journalist Max Winter berichtete (wie Emil Kläger und Bruno Frei) über das „dunkle“, das arme Wien. Seine verdeckt recherchierten Berichte aus Asylheimen, Elendsquartieren und von KanalbewohnerInnen exotisieren die Armen Wiens als das „Andere“ der Großstadt, dennoch sind seine Texte wichtige Quellen über die Wohnungsnot in Wien um 1900. Die in der „Arbeiterzeitung“ veröffentlichte Reportage „Streifzüge durch die Brigittenau“ erzählt vom prekären Leben der ArbeiterInnen und BettgeherInnen – darunter viele MigrantInnen und Frauen – in einem Zinshaus in der Klosterneuburger Straße: In einer Zimmer-Küche-Wohnung schlafen in einem Bett ein arbeitsloser Maurer, seine Frau und ihr Säugling, in einem weiteren ihre beiden anderen Kinder. Für Möbel ist kaum Platz und der Zugang zu den Fenstern ist wegen zusätzlicher Schlafstätten, die an Außenstehende untervermietet worden sind, verstellt. An der Querseite des einen Bettes steht eine an einen Bettgeher vermietete Couch:

*[Sie] stoßt an einen Kasten, der die nächste Ecke ausfüllt. An den Kasten reihen sich an der zweiten Längswand zwei Betten, vor denen ein großer Koffer steht. In dem ersten Bett schlafen zwei Männer. ‚Brüder?‘, frage ich. – ‚Nein, es hat jeder ein halbes Bett allein aufgenommen.‘ [...] In dem zweiten Bett schläft ein Mädels, eine Bauarbeiterin. Sie zahlt zwei Kronen in der Woche. Den Raum zwischen diesem Bett und der Tür nimmt ein Koffer ein, der vierte, den ich zähle. Es schlafen in diesem Zimmer also außer der fünfköpfigen Familie des slowakischen Maurers noch drei Männer und ein erwachsenes Mädchen, zusammen sechs Erwachsene und drei Kinder. Der Raum hat eine Bodenfläche von 20 Quadratmetern und einen*

*Luftraum von ungefähr 70 Kubikmetern. Für ihn und die Küche zahlt der Wohnungsinhaber monatlich 25 Kronen Miete. Von den Bettgebern vereinnahmt er wöchentlich: für den Divan und von dem Mädchen je zwei Kronen und für das Doppelbett 2 Kronen 80 Heller, zusammen also 6 Kronen 80 Heller oder in vier Wochen 27 Kronen 20 Heller. Er hat somit nicht nur die ganze Miete bezahlt, sondern er bekommt auch für die Abnützung der Wäsche noch einen kleinen Betrag. Freilich ist der Raum auch bis auf das letzte Fleckchen ausgenützt.<sup>12</sup>*

Max Winters Text fährt fort mit der Beschreibung prekärer Wohnverhältnisse von ArbeiterInnen, die sich alle ähneln: Kleine, überfüllte Zimmer-Küche- bzw. Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnungen, in denen die MieterInnen das Kabinett oder Teile des Zimmers an noch Ärmere untervermieten, im Falle der BettgeherInnen oft nur für einige Stunden (ähnlich heutigen Schlafplätzen in Nachtquartieren). Es wurde vor allem in den kleinen, bereits überfüllten Wohnungen untervermietet, die Miete war eine wichtige zusätzliche Einnahme, bei Arbeitslosigkeit zum Teil die einzige. Im Zuge der Industrialisierung und des Zuzugs in die Städte vermehrte sich die Zahl der UntermieterInnen und BettgeherInnen (die Grenzen waren zum Teil fließend), deren Situation heute als potenzielle Wohnungslosigkeit beschrieben werden kann. Sie lassen sich auch zu den potenziell Armen zählen, die Michael John für 1910 nach Berufsgruppen wie folgt zusammenfasst: Von insgesamt etwa 100.000 Armen fielen auf TagelöhnerInnen rund 8.600, auf LohnarbeiterInnen rund 3.000, etwa 2.600 galten als vazierende Dienstleute, 2.700 lebten von Renten, 27.000 waren in der öffentlichen Armenversorgung außerhalb von Anstalten, 8.600 gaben keinen Beruf an und circa 60.000 waren berufslos, darunter fielen auch Witwen und Waisen. 1910 wurden etwa 600.000 Nächtigungen in Asylhäusern, Männer- und Frauenheimen gezählt.<sup>13</sup>

12 Max Winter: Streifzüge durch die Brigittenua. Eine Studie aus dem Leben des Proletariats. In: Arbeiterzeitung 12.11.1901, 3f., online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19011112&seite=3&zoom=33> (14.9.2015).

13 Vgl. John, Hausherrenmacht und Mieterelend, 82-84.

## 3.2 Obdachlosenfürsorge

Die Anfänge der Obdachlosenfürsorge liegen im 19. Jahrhundert. Eng damit verknüpft war das „Heimatrecht“ von 1863, das durch Geburt, Heirat, Aufnahme in den Heimatverband oder die Erlangung eines öffentlichen Amtes begründet wurde. Es verpflichtete die Gemeinde, die EinwohnerInnen zu versorgen, und regelte die Zuweisung von „Heimatlosen“ und deren Frauen und Kinder wie folgt: *„Heimatlose, d.s. solche Personen, deren Heimatrecht zur Zeit nicht erweislich ist, werden nach Bestimmung der folgenden Paragrafen einer Gemeinde zugewiesen, in welcher sie so lange als heimatberechtigt zu behandeln sind, bis das ihnen zustehende Heimatrecht ausgemittelt ist oder bis sie anderswo ein Heimatrecht erworben haben.“*<sup>14</sup> Wichtig sind hier auch die Schubordnung (1871) und das sogenannte Vagabundengesetz (1873), die es ermöglichten, Arbeitsfähige und Fremde in ihre Gemeinde abzuschieben. Diese Gesetze führten einerseits zu Unterversorgung bei Arbeitslosigkeit, da das Heimatrecht Grundlage der Unterstützung von Armen war, andererseits konnten Arbeits- und Obdachlose einfach abgeschoben werden. 1869 besaßen in Wien 44,6 Prozent der BewohnerInnen das Heimatrecht, im Jahr 1900 38 Prozent. Die Änderung des Heimatgesetzes 1901, das ZuwandererInnen nach zehn Jahren Aufenthalt das Heimatrecht zusprach, erhöhte die Zahl der Heimatberechtigten auf 55 Prozent. Doch ein Großteil der Wiener Obdachlosen hatte hier kein Heimatrecht – und erhielt somit keine Unterstützung.

Die ersten Asyl- und Wohnheime wurden von privaten Initiativen gegründet, wie der „Philantropischen Gesellschaft“ oder dem „Asylverein für Obdachlose“, der ab 1870/71 zwei Asyle eröffnete. Um 1910 gab es mehrere, wenn auch zu wenige private und öffentliche Asyle (u.a. das Männerwohnheim in der Meldemannstraße, in dem später Adolf Hitler wohnen sollte; Familienasyle waren gratis).<sup>15</sup> In den philantropischen Vereinen engagierten sich meist Adelige und Bürgerliche, darunter sehr viele Frauen, so im bereits 1848 initiierten „Frauen-Wohlthätigkeits-

14 Gesetz betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, 3.12.1863 (RGBl 105/1863), online unter: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?ap-m=0&aid=rgb&datum=18630004&seite=00000368&size=45> (20.5.2014).

15 Vgl. Rainer Bauböck: „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute, Wien 1996 (= IHS Reihe Politikwissenschaft 31), 3, online unter: [www.ihs.ac.at/publications/pol/pw\\_31.pdf](http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_31.pdf) (20.5.2015). Zu Heimatschub und Asylern vgl. auch Michael Ofner: Am Rand der Gesellschaft. Obdachlosigkeit im historischen Kontext und eine Analyse der Gegenwart, Wien Dipl.Arb. 2010, 38-42.

Verein für Wien und Umgebung“, dessen erklärtes Ziel es war, *„wahrhaft dürftige Personen ohne Unterschied der Religion und Nationalität durch Werke der Nächstenliebe und Wohltätigkeit zu unterstützen“*.<sup>16</sup> Der Verein „Heimat“ mit dem Zweck *„[z]ur Besserung der Lage von Personen weiblichen Geschlechtes zu wirken, welche der Familienfürsorge entbehren“* eröffnete eine Bahnmissionsmission, 1904 ein Asyl für *„stellenlose, gefährdete Mädchen“* und gründete 1909 eine Koch- und Haushaltungsschule<sup>17</sup>. Der „Verein Erzherzogin Marie Valerie. Wiener Frauenheim“ (seit 1881) wiederum kümmerte sich um Pensionistinnen – *„arme, alleinstehende, gebildete Damen“* mit *„unbescholtenem Ruf“*<sup>18</sup>.

Ab 1912 schließlich ließ die Stadt 250 Notstandswohnungen zur Unterbringung Obdachloser bauen, und ein Jahr später wurde der 1910 gegründete „Wohnungspolitische Ausschuss“ in eine eigene Magistratsabteilung für städtische Wohnfürsorge umgewandelt.

Die Asyle waren billiger als das BettgeherInnenwesen und hygienischer sowie sicherer als die überfüllten Massenquartiere; sie wurden insbesondere von arbeitenden und/oder verarmten Menschen genutzt, die sich die hohen Mieten nicht leisten konnten. Daneben versuchten Obdachlose in stillgelegte Ziegelöfen, Wärmestuben, in Tunneln und Kanälen des Wien-Flusses unterzukommen.<sup>19</sup>

Der vermutlich für die Nationalratswahlen 1927 produzierte sozialdemokratische Wahlfilm „Ein Film vom neuen Wien“ inszeniert die krassen sozialen Unterschiede im Bereich Wohnen. Das als Fragment erhaltene Dokument wurde mit – teils polemischen – Zwischentiteln versehen und besteht aus archivarischen Filmaufnahmen, die miteinander kontrastiert werden. Zu Beginn sind touristische Bilder des „alten Wien“ zu sehen: die Hofburg, Paläste, Kirchen. Dieser feudalen Welt werden seltene Aufnahmen der Wohnverhältnisse der breiten Masse, wie Aufnahmen von abbruchreifen Zinskasernen im Liechtental und des „Erbsienhauses“ in der Schimmelgasse 17, gegenübergestellt. Dieses meist übervolle Massenquartier

16 [www.onb.ac.at/ariadne/vfb/fv\\_fwvwu.htm](http://www.onb.ac.at/ariadne/vfb/fv_fwvwu.htm) (14.9.2015); der Verein war gegliedert in eine Zentral-Leitung und 15 Bezirksvereine mit Bezirksvorsteherinnen und Assistentinnen. Der Jahresbericht des „Frauen-Wohltätigkeits-Vereins im Pfarrbezirke Gumpendorf in Wien“ und weitere Jahresberichte bis 1918 sind online einzusehen unter: [www.onb.ac.at/ariadne/vfb/fv\\_fwvwu.htm](http://www.onb.ac.at/ariadne/vfb/fv_fwvwu.htm) (20.5.2014).

17 Verein „Heimat“, online unter: [www.onb.ac.at/ariadne/vfb/fv\\_vheim.htm](http://www.onb.ac.at/ariadne/vfb/fv_vheim.htm) (20.5.2014).

18 Hausordnung aus dem Jahr 1911, online unter: [www.literature.at/viewer.alo?objid=24100&page=1&viewmode=fullscreen](http://www.literature.at/viewer.alo?objid=24100&page=1&viewmode=fullscreen) (20.5.2014). Der Verein besteht seit 1881 mit einer Unterbrechung von 1938 bis 1945, 1970 übergibt er das Wiener Frauenheim der Caritas. Vgl. [www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p\\_iOrganisationID=8675596](http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/Pages/OrganisationenDetail.aspx?p_iOrganisationID=8675596) (20.5.2014).

19 Vgl. Margarethe Szeless: Emil Kläger & Erwin Drawe. „Durch die Wiener Quartiere des Elends und Verbrechens“. In: Werner Michael Schwarz u.a. (Hg.): *Ganz unten. Die Entdeckung des Elends*, Wien 2007, 99-109.

für Obdachlose, TagelöhnerInnen und BettgeherInnen war berüchtigt für seine ungenügenden hygienischen Standards – so lebten etwa 1.000 Menschen in 216 einräumigen Wohnungen, insgesamt standen vier Gangtoiletten zur Verfügung, es gab Ratten und weiteres Ungeziefer. Die Filmaufnahmen zeigen abbröckelnde Mauern, enge Lichtschächte, fensterlose Korridore, überfüllte Zimmer mit Fensterblick auf Ziegelmauern, Verwahrlosung. Am Ende hält der Film das „Neue Wien“ der Sozialdemokratie dagegen und inszeniert am Beispiel des damals gerade fertiggestellten Reumannhofs den sozialen Wohnbau als Zukunft, in der die Wohnungsnot endlich überwunden sein wird (siehe Abbildungen 1-4, S. 20/21).<sup>20</sup>

### 3.3 MigrantInnen

Die Kapitalisierung des Wohnungsmarkts und die damit verbundenen prekären Wohnverhältnisse für ArbeiterInnen trafen besonders die ZuwandererInnen unter ihnen, denn bei Delogierung drohte ihnen der Abschub in die Heimatgemeinde. Nur in dieser hatten die Menschen ein garantiertes Aufenthaltsrecht und Anspruch auf Fürsorge. Die Zuwanderung blieb in der Zeit der Monarchie ungeregelt, doch die Kombination aus Heimatrecht, Armenfürsorge und Schubwesen garantierte laut Rainer Bauböck, dass MigrantInnen eine *„flexible Unterschicht in den neuen Arbeitsmärkten bildeten, die bei dauernder Arbeitslosigkeit auch wieder in die Herkunftsregion“* abgeschoben werden konnten.<sup>21</sup>

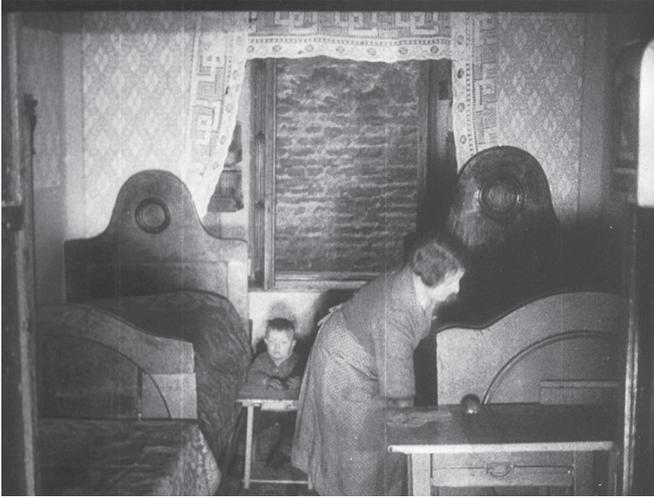
Die größte Gruppe der Wiener ZuwandererInnen machten TschechInnen aus, seit Anfang des 19. Jahrhunderts war ihre Anzahl kontinuierlich angestiegen: Um 1830, als Wien knapp über 300.000 EinwohnerInnen hatte, wurde ihre Zahl auf 40.000 bis 45.000 geschätzt; um die Jahrhundertwende kamen von 1,6 Millionen EinwohnerInnen etwa 300.000 aus tschechischsprachigen Gegenden

20 Ein Film vom neuen Wien. F.W. Rossak, A 1926/27, 35 mm, s/w, stumm, 13 min. Österreichisches Film-museum, online unter: <http://stadt-film-wien.at/film/49/> (14.9.2015).

21 Bauböck, Nach Rasse und Sprache verschieden, 3.

Alte versus neue Wohnverhältnisse im sozialdemokratischen Wahlwerbefilm „Ein Film vom neuen Wien“: Abbruchreife Häuser im Liechtental (Abbildung 1 und 2), eine Einzimmerwohnung im berühmten „Erbsienhaus“ (Abbildung 3) und „Neues Wohnen“ im Reumannhof in Margareten (Abbildung 4)





(die meisten HandwerkerInnen und ArbeiterInnen) – Wien wurde zur Stadt mit der zweitgrößten tschechischen Gemeinde Europas.<sup>22</sup> Bekannt und berüchtigt geworden ist die Lage der böhmischen Wienerberger ZiegelerbeiterInnen, deren Lebensumstände Viktor Adler in seiner in der sozialdemokratischen Zeitung „Gleichheit“ erschienenen Reportage „Die Lage der Ziegelerbeiter“ 1888 beschrieben hatte: Der verdeckt recherchierende Adler berichtet darin von katastrophalen hygienischen Verhältnissen und Frauen, die in gemischt bewohnten, überfüllten Räumen Kinder zur Welt brachten: *„In einem dieser Schlafsäle, wo 50 Menschen schlafen, liegt in der Ecke ein Ehepaar. Die Frau hat vor zwei Wochen in demselben Raum, in Gegenwart der 50 halb nackten, schmutzigen Männer, in diesem stinkenden Dunst entbunden!“* Er berichtet von Hütten, in denen *„je drei, vier bis zehn Familien, Männer, Weiber, Kinder, alle durcheinander, untereinander, übereinander [schlafen]“*; und von den Schlafplätzen für Ledige in nicht mehr benützten Ringöfen: *„Da liegen denn in einem einzigen Raum 40, 50 bis 70 Personen. Holzpritschen, elendes altes Stroh, darauf liegen sie Körper an Körper hingeschichtet.“*<sup>23</sup> Adlers großes Aufsehen erregende Reportage hatte zur Folge, dass das Gewerbeinspektorat die Wienerberger Ziegelwerke inspizierte und zumindest ansatzweise Verbesserungen durchsetzte. Adler und zwei Ziegelerbeiter wurden hingegen wegen unbefugter Verbreitung von Publikationen zu Geldstrafen verurteilt.<sup>24</sup>

22 Insgesamt stammten etwa 400.000 Menschen aus Böhmen und Mähren. Vgl. Michael John: Mosaik, Schmelztiegel, Weltstadt Wien? Migration und multikulturelle Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. In: Wir. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien. Katalog zur Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 1996, 137-144, 2, online unter: [www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/john.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/john.pdf) (28.5.2014).

23 Viktor Adler: Die Lage der Ziegelerbeiter. In: Viktor Adler. Aus seinen Reden und Schriften. Ausgewählt von Anton Tesarek, Wien 1947, 179-187, hier: 181f.

24 Vgl. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Eintrag: Gleichheit, online unter: [www.das.rotewien.at/gleichheit.html](http://www.das.rotewien.at/gleichheit.html) (14.9.2015).

25 Vgl. Maderthaler, Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945, 176.

### 3.4 Dienstmädchen

Um 1890 waren in Wien 86.000 Dienstmädchen beschäftigt – 94 Prozent aller Hausangestellten und 34 Prozent der weiblichen Arbeitskräfte.<sup>25</sup> Sie kamen meist aus ländlichen Regionen in Ober- und Niederösterreich, Ungarn und vor allem Böhmen und Mähren, aus BäuerInnen- oder HandwerkerInnen- beziehungsweise ArbeiterInnenfamilien; um 1900 waren beinahe 90 Prozent von ihnen Tschechinnen. Frauen waren infolge von

Scheidungen/Trennungen, schlechterer Entlohnung und Rechtsungleichheit stark gefährdet, ihre Wohnung zu verlieren. Und besonders Dienstmädchen lebten in Form einer versteckten Wohnungslosigkeit, da sie bei ihren DienstgeberInnen wohnten und bei Entlassung, häufig aufgrund von Krankheit oder Alter, oft wohnungslos wurden. Doch waren für sie neben dem Versprechen eines sozialen Aufstiegs am Sehnuchtsort Wien Existenzsicherung und die Möglichkeit bei den ArbeitgeberInnen zu wohnen wesentliche Gründe für die Berufswahl. „Dienstmädchen“ waren jene weiblichen DienstbotInnen, die in bürgerlichen und adeligen Haushalten alle häuslichen Arbeiten und die persönliche Bedienung übernahmen und dafür, neben einem – meist niedrigen – Lohn, Kost und Logis erhielten. Es wurde unterschieden in Köchin, Stubenmädchen, Küchen-, Kindermädchen und Mädchen für alles, zwischen denen eine klare Hierarchie und somit Unterschiede zwischen Ansehen und Lohnniveau bestanden.<sup>26</sup>

Die Arbeitsverhältnisse wurden bis 1920 durch DienstbotInnenordnungen geregelt. Danach unterstanden Dienstmädchen der „Gewalt des Hausherrn“ und waren ihren DienstgeberInnen mehr oder weniger ausgeliefert. Weder gab es eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeitbeschränkung oder Ruhepausen noch einen Mindestlohn. Um das Haus zu verlassen, benötigten sie die Erlaubnis der DienstgeberInnen, frei hatten sie maximal alle 14 Tage. In Berichten von Dienstmädchen ist immer wieder von Schlägen und Missbrauch zu lesen. Viele bekamen nur Reste zu essen und schliefen entweder in der Küche oder in Verschlagen am Gang. Streitigkeiten zwischen DienstbotInnen und ArbeitgeberInnen wurden bis zur Verabschiedung des „Hausgehilfengesetzes“ 1920 nicht von Gerichten sondern der Polizei geregelt.

Die sozialdemokratische Frauenrechtlerin Adelheid Popp prangert in ihrer Streitschrift „Hausklavinnen“ (1912) diese weitgehende Rechtlosigkeit der Dienstmädchen an – sie sprach aus eigener Erfahrung, da sie selber als Dienstmädchen sowie als Heim- und Fabrikarbeiterin

26 Vgl. Andrea Althaus (Hg.): Mit Kochlöffel und Staubwedel. Erzählungen aus dem Dienstmädchenalltag (= Damit es nicht verloren geht 62), Wien/Köln/Weimar 2010, 275, 278f.

zum Familienunterhalt beitragen hatte müssen.<sup>27</sup> Popp schreibt, die Lage sei vielfach noch schlechter als jene der FabrikarbeiterInnen, hätten diese doch wenigstens Interessensvertretungen und gesetzliche Regelungen. Sie fordert ein Ende der prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Dienstmädchen: einen eigenen gesunden Raum mit eigenem Bett, ein Ende des „Dienstbotenbuchs“ – in dieses Kontrollinstrument trugen die DienstgeberInnen Beschäftigungszeiten, Verhalten usw. ein –, die Anerkennung der DienstbotInnen als ArbeiterInnen, geregelte Arbeitszeiten, Krankenversicherung, eine geregelte staatliche Altersvorsorge. Denn Alter und Krankheit führten vielfach zu Armut und Obdachlosigkeit, entlassene arbeitsunfähige und kranke Dienstmädchen landeten oft – da sie im Laufe ihres Lebens keinen eigenen Haushalt gründen konnten – entweder als BettgeherInnen, wo sie gegen Entgelt Bett und Nahrung erhielten, oder im Armenhaus. Immer wieder endeten Entlassene als Prostituierte.

Die prekären Lebens- und Wohnverhältnisse von Dienstmädchen thematisiert auch Käthe Kratz 1984 im Spielfilm „Augustine – Das Herz in der Hand“, der erste in einer fünfteiligen Reihe über die Lebensverhältnisse von Frauen im 20. Jahrhundert. Kratz erzählt von einem jungen Mädchen, das 1893 vom Land nach Wien „in Dienst“ geht, um ihrem engen, armen Leben als Arbeiterin in der Glasherstellung zu entgehen. Quasi idealtypisch erlebt sie alle Stationen eines Dienstmädchens: Dem Goodwill der Herrschaft ausgeliefert (von der Hausfrau verwöhnt, vom Neffen des Dienstgebers unter dessen Ägide vergewaltigt und geschwängert), verlässt sie unerlaubt ihre Arbeitsstelle, um von der Polizei aufgegriffen und inhaftiert zu werden. Doch wird ihr Kampfgeist durch den sozialdemokratisch organisierten Verlobten (der später verhaftet wird) und die ehemalige Lehrerin gestärkt. Am Ende steht sie als ledige, arbeitslose, obdachlose Mutter auf der Straße, hat aber Solidarität von Frauen kennengelernt und blickt optimistisch in die Zukunft, um für ihre Rechte zu kämpfen – ganz im Sinne Adelheid Pops.<sup>28</sup>

27 Adelheid Popp: Hausklavinnen. Ein Beitrag zur Lage der Dienstmädchen, Wien 1912.

28 Augustine – Das Herz in der Hand. Lebenslinien 1. Käthe Kratz, A 1984. Lebenslinien 1-5, Edition der Standard: Der Österreichische Film 238, Wien 2014.

Noch im „Roten Wien“ ist trotz Sozialgesetzgebung und dem in ganz Österreich geltenden „Hausgehilfengesetz“ (1920/1926) die Lage prekär. Das 1930 von der Arbeiterkammer Wien herausgegebene „Handbuch der Frauenarbeit“ verdeutlicht, dass DienstbotInnen meist immer noch in verdeckter Wohnungslosigkeit lebten. Obwohl, so Antonie Platzer – ehemalige Hausgehilfin, Mitglied des 1911 gegründeten Verbands der Hausgehilfinnen „Einigkeit“ und später sozialdemokratische Gemeinderätin –, das Gesetz große Verbesserungen gebracht habe, ähnelte die Realität vieler DienstbotInnen jener um 1900. Neben einer Ruhezeitregelung (21 bis 6 Uhr), Sonntagsausgang und einem jährlichen bezahlten Urlaub sei zwar der Anspruch auf gesunde, hinreichende Kost, auf einen *„verschließbaren Schlafraum, dem Licht und Luft nicht fehlen dürfen“*, verankert und hebe das Gesetz *„wenigstens zum Teil die sexuelle Versklavung auf“*. Doch würden viele vor dem Sommer entlassen und: *„Da Hausgehilfinnen auch von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, mit der Arbeitsstelle gleichzeitig auch ihr Obdach verlieren, bekommen sie die ganze Härte der Arbeitslosigkeit zu fühlen.“*<sup>29</sup> Trotz Krankenversicherungspflicht und Fürsorgefrist (seit 1922) würden viele Erkrankte so schnell wie möglich entlassen werden, was aus Angst vor Armut zu einer Steigerung der chronischen Krankheiten führte.

Platzer beruft sich unter anderem auf eine Fragebogen-Erhebung der Arbeiterkammer, wonach neben zu langen Arbeitszeiten und zu niedrigen Löhnen nur 57 Prozent über den vorgeschriebenen versperrbaren Schlafraum mit Fenster ins Freie verfügten; die anderen schliefen in Küche, Vorzimmer oder Wohnräumen.<sup>30</sup> Wie früher nächstigten wohnungslose Dienstmädchen bei Zimmerfrauen als BettgeherInnen, konnten nun aber auch in zwei seit 1928 von der Stadt Wien geschaffenen „Stellenlosenheimen für Hausgehilfinnen“ unterkommen. Diese stellten etwa 210 Plätze zur Verfügung – 1929 nahmen dies 5.990 Frauen in circa 63.000 Übernachtungen in Anspruch. Von den Freien Gewerkschaften betrieben, standen sie auch Nicht-Mitgliedern offen.

29 Antonie Platzer: Die Hausgehilfin. In: Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien (Hg.): Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Wien 1930, 159-169, hier: 162f.

30 Vgl. ebda, 167..

# 4 Maßnahmen gegen Wohnungsnot im „Roten Wien“

## 4.1 MieterInnenschutz

1910/11 kam es in Wien zu MieterInnenstreiks und -demonstrationen unter Beteiligung Obdachloser, die jedoch niedergeschlagen wurden.<sup>31</sup> Um weitere Eskalationen wie bei den MieterInnenaufständen in Budapest zu vermeiden, wurde 1911 der „Mieterverein“ gegründet; 1917 – fast drei Viertel aller Wohnungen waren überbelegte Ein- oder Zweiraumwohnungen – folgte die Mieterschutzverordnung („Kaiserliche Verordnung gegen die kriegs-begünstigte Mietenspekulation“), die 1922 überarbeitet wurde. Diese politische Maßnahme sollte Unruhen durch vermehrte Delogierungen wegen der durch die kriegsbedingte Abwesenheit vieler Männer stark verringerten Haushaltseinkommen vermeiden: Bei Wohnungen bis 3.000 Kronen Jahresmiete durften Kündigungen und Mieterhöhungen nur bei nachgewiesenem Eigenbedarf, bei Mietzinsrückständen oder Hausordnungsverletzungen durchgeführt werden. Da vor allem Letzteres oft recht weit ausgelegt wurde, kam es monatlich noch zu etwa 3.000 Kündigungen – viele im Vergleich zu heute, doch bedeutend weniger als zuvor. So wurden im November 1918 etwa 3.600 Kündigungen vorgenommen, im November 1913 waren es noch 12.937.<sup>32</sup>

Die Lebensverhältnisse hatten sich während des Kriegs radikal verschlechtert: Zu einer katastrophalen Versorgungslage kamen Teuerungen und die Verringerung des Realeinkommens teilweise bis auf zehn Prozent der Vorkriegsjahre. Auf dem Wohnungssektor erfolgten erstmals weitgehende kommunale Eingriffe, um die extreme Wohnungsnot zu mildern, und es entstand eine wilde Sied-

31 Vgl. John, *Hausherrenmacht und Mieterelend*, 8f., 69.

32 Vgl. ebda., 56.

lungsbewegung<sup>33</sup> – Veränderungen, die nach dem Historiker Michael John in der Nachkriegszeit aufgegriffen und ausgebaut wurden. Das neue Mietengesetz vom 7. Oktober 1922 bot nicht nur weitgehenden Kündigungsschutz (der jedoch nicht für UntermieterInnen galt), es garantierte auch ein Niedrighalten der Mieten. Die Hauserträge wurden unterteilt in Grundzins, Instandhaltungszins und Betriebskosten: Der Grundzins wurde mit dem halben Jahreszins von 1914 festgelegt („Friedenszins“), die HauseigentümerInnen verloren somit nicht wenig Einkommen und die Wohnungskosten sanken.

Die Wohnungsnot hatte sich 1918 weiter zugepointzt, Zehntausende beanspruchten eine Zuweisung durch die städtische Wohnbehörde, besonders große Nachfrage herrschte nach Kleinwohnungen. Für schnelle Abhilfe wurde durch provisorische Wohnraumbeschaffung, wie die kurzfristige Nutzung von Baracken und Turnhallen, Dachböden und die Unterteilung großer Wohnungen, gesorgt. 1921 erließ der Gemeinderat das bis 1925 geltende „Wohnungsanforderungsgesetz“, nach dem leer stehende Wohnungen (und Zimmer) der Gemeinde gemeldet werden mussten, die diese Wohnungslosen zuwies, die freie Verfügung der InhaberInnen über ihre Wohnungen wurde somit aufgehoben. Im ersten Jahr wurden 15 Prozent der Wohnungen an Unterstandlose, Gekündigte oder Delogierete, weitere 15 für Familienvergrößerung und zur Berufsausübung und ebenso viele Prozent an KriegsheimkehrerInnen und dergleichen vergeben. 55 Prozent entfielen auf ehemalige UntermieterInnen.<sup>34</sup>

1921 war auf Initiative des Landtagspräsidenten Robert Danneberg und des Finanzstadtrates Hugo Breitner eine Wohnbausteuer als einmalige Abgabe zur Finanzierung von Neubauten beschlossen worden; 1922 wurde unter Breitner eine stark progressiv gestaffelte Mietzinsabgabe eingeführt, die ein Jahr später in eine zweckgebundene Wohnbausteuer umgewandelt wurde – die Grundlagen für

33 Vgl. Kap. 7.1.

34 Vgl. John, Hausherrnmacht und Mieterelend, 67, 17-20.

35 Robert Danneberg schätzte den Anteil der Miete am Einkommen einer ArbeiterInnenfamilie auf etwa drei Prozent. Vgl. ders.: Kampf gegen die Wohnungsnot. Ein Vorschlag zur Lösung bei Aufrechterhaltung des MieterInnen-schutzes, Wien 1921; vgl. Siegfried Mattl: Wien im 20. Jahrhundert (= Geschichte Wiens 6), Wien 2000, 46; Zu den Zahlen für 1914 vgl. John, Hausherrenmacht und Mieterehend, 22. Laut WIFO-Bericht zum „Volkseinkommen 1913 bis 1963“ – für ganz Österreich – teilte sich der private Konsum in Österreich 1924 durchschnittlich wie folgt auf: Während beinahe die Hälfte für Nahrungsmittel ausgegeben wurde (47 Prozent), lagen die Ausgaben eines Haushalts für Wohnungsnutzung bei etwa sieben Prozent; fünf Prozent wurden für Heizung und Beleuchtung, 13 für Kleidung, 3,6 für Tabakwaren und die restlichen 24 Prozent für „Sonstiges“ aufgewandt (Möbel, Unterhaltung, Pflegeprodukte, Verkehr usw.). Vgl. WIFO: Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963. Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 14. Sonderheft 1965, online unter: [www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1965Sonderheft\\_14.pdf](http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1965Sonderheft_14.pdf) (23.5.2014), 21, 31. 2010 lagen die Ausgaben für Wohnen (inkl. Wasser und Heizung) österreichweit bei durchschnittlich 22 Prozent des Haushaltseinkommens. Bei Haushalten mit einem Einkommen bis 950 Euro lag der Wohnkostenanteil sogar bei 54 Prozent. Vgl. Magistratsabteilung 24 (Hg.): Wiener Sozialbericht 2012, 174, 177.

36 Vgl. Herbert Exenberger u.a.: Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1939, Wien 1996, 17, 21.

37 Vgl. Mattl, Wien im 20. Jahrhundert, 46.

den 1923 startenden umfassenden kommunalen Wohnbau. Voraussetzung dafür war die Trennung Wiens von Niederösterreich und der Status als eigenes Bundesland mit Steuerhoheit. 1923 beschloss der Gemeinderat, auf Basis der neuen Wohnbausteuer bis 1928 25.000 kommunale Wohnungen zu bauen, im Endeffekt wurden bis 1934 etwa 66.000 Wohnungen und 2.100 Geschäftslokale durch die Gemeinde Wien errichtet. Der Mietzins wurde nach sozialen Gesichtspunkten berechnet, setzte sich zusammen aus Instandhaltungskosten und Betriebskosten und lag meist viel niedriger als Mieten in Altbauten am freien Markt. In den Gemeindebauten wurden 1925 nur mehr drei bis fünf Prozent des Durchschnittslohns für Miete aufgewendet, österreichweit lagen die Ausgaben bei sieben Prozent. (1914 lag der durchschnittliche Jahresmietaufwand einer Zwei-Zimmer-Küche-Kabinettwohnung bei rund 1.000 Kronen. Da ein Maurer wöchentlich etwa 34, ein Hilfsarbeiter 21 Kronen verdiente, waren Wohnungen dieser Größe unleistbar).<sup>35</sup>

Die private Bautätigkeit ging in den folgenden Jahren aufgrund geringer Rendite rapide zurück und mangels privater Nachfrage waren die Kosten für Bauland und Bautätigkeit für die Gemeinde Wien günstig. Sie wurde zur größten Bauherrin der Stadt und verwaltete Ende 1933 66.270 Wohnungen (davon 59.066 neu gebaute) und knapp 4.000 Geschäftslokale<sup>36</sup>; im gleichen Jahr lebten etwa 200.000 Menschen in 53.667 Gemeindewohnungen und 5.257 in ebenfalls von der Gemeinde errichteten Siedlungshäusern.<sup>37</sup> Die Gemeindebauten wurden in Blockbauweise meist an der städtischen Peripherie gebaut, mit einer maximalen Verbauung von 50 Prozent, um „Licht, Luft und Sonne“, so der Slogan der Sozialdemokratie, in die Wohnungen zu lassen. In Mariahilf wurde beispielsweise 1931/32 der Leuthner Hof in der Mollardgasse 89 errichtet (Architekt war Georg Rupprecht). Diese mehrheitlich 38 und 48, später auch 57 Quadratmeter großen Wohnungen verfügten über Wasseranschlüsse, waren alle elektrifiziert, mit eigenem Vorraum, WC und Küche aus-

gestattet und wurden nach einem Punktesystem je nach Dringlichkeit vergeben (vor allem drohende unverschuldete Delogierung, Krankheit, Überbelag); berücksichtigt wurden auch Familiengröße und Einkommen. Gemeinschaftlich genutzte Waschküchen, Bäder, Kindergärten und Bibliotheken sollten die Wohnqualität heben und insbesondere die Frauen entlasten. Die Gemeinde gab bis zu 26 Prozent ihres Budgets für den Wohnbau aus, erhöhte aber auch die Fürsorgeausgaben auf 15 Prozent. Damit wurden Heime, Asyle, Kindergärten und Ähnliches gebaut. Laut Statistischem Jahrbuch konnten fast alle Familien, die städtische Obdachlosenheime aufsuchten, im Lauf des Jahres untergebracht werden.<sup>38</sup>

## 4.2 Lebensverhältnisse von Arbeiterinnen

Käthe Leichter, Leiterin des Referats für Frauenarbeit in der Wiener Arbeiterkammer, führte 1931 eine Befragung über die Lebensverhältnisse der Wiener Industriearbeiterinnen durch. Von den ausgegebenen 4.000 Fragebögen konnten 1.320 ausgewertet werden; sie wurden durch mündliche Erzählungen ergänzt und ergeben ein ziemlich umfassendes Bild über das Leben von Arbeiterinnen um 1930, wobei Leichter in der Einleitung zur Studie vermerkt, dass die tatsächlichen Verhältnisse *„immer noch um ein gutes Stück schlechter“*<sup>39</sup> seien. Die meisten der Befragten arbeiteten in Großbetrieben an der Maschine und in Industrien, in denen durch technische Veränderungen der Frauenarbeit größerer Spielraum gegeben und diese umgestaltet wurde (Lebensmittel-, chemische Industrie); weiters in „typischen“ Frauenindustrien (Schuh-, Textil-, Tabak- und grafische Industrie) und traditionellen „Frauengewerben“ (Bekleidungs-, Hutindustrie) sowie in der Holz- und Metallindustrie. Leichter und ihre Mitarbei-

38 Vgl. Bundespressedienst (Hg.): Österreichisches Jahrbuch 1925, Wien 1926, 277f.; Österreichisches Jahrbuch 1926, Wien 1927, 330f.

39 Vgl. Käthe Leichter: So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben. Wien 1932, 3.

terinnen fragten nach der Arbeitsplatzsicherheit, der Art der Tätigkeiten (gelernt, ungelernt usw.), nach Löhnen, Arbeitszeiten, Fluktuationsrate, Arbeitszufriedenheit und Angst vor Arbeitslosigkeit.

Erkennbar wird eine höhere Fluktuation als bei Männern sowie häufigere Arbeitsunterbrechungen, die bei knapp zwei Dritteln auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen war und nur bei zehn Prozent auf Heirat oder Kinder; mit circa 40 Prozent Arbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr waren Frauen stärker von der schlechten wirtschaftlichen Lage betroffen als Männer.<sup>40</sup> Darauf verweisen auch mehrere Beiträge in der sozialdemokratischen Zeitung „Die Frau“: Arbeitslose Frauen erhielten 1930 keine Unterstützung, wenn Ehemänner, Brüder oder Söhne – von denen die Frauen dann abhängig waren – für deren Lebensunterhalt aufkommen konnten.<sup>41</sup> Seit dem Krieg waren gute 80 Prozent der Frauen Familienerhalterinnen statt Zuverdienerinnen, vor allem seit der Wirtschaftskrise. Etwa die Hälfte gab an, Schulden zu haben und Ratenzahlungen tätigen zu müssen; fast zwei Drittel steckten ihren gesamten Lohn in den Haushalt, allein die Ledigen behielten 50 Prozent für sich.

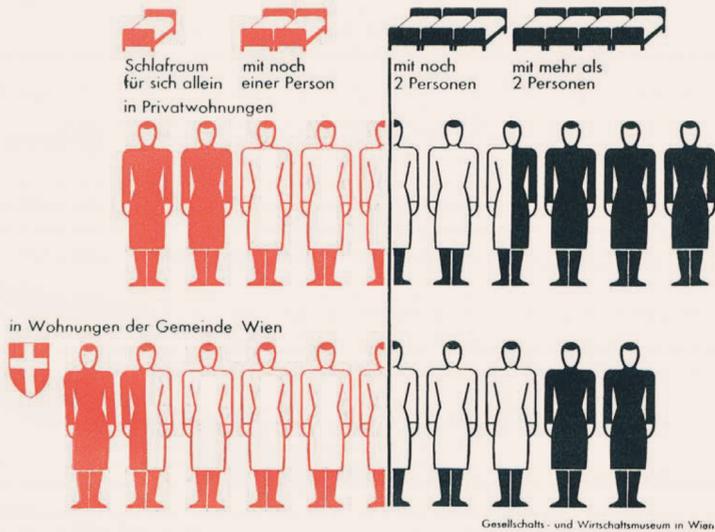
Leichters Fragebögen erhoben auch die Themenbereiche Gesundheit, Freizeitgestaltung, Hausarbeit sowie Fragen zur Betreuung der Kinder und zum Thema Wohnen. Die Ergebnisse zur Wohnsituation lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Trotz Verbesserungen (MieterInnenschutz, Bautätigkeit) überwogen enge, überfüllte Wohnungen. Nur 52,9 Prozent verfügten über eine eigene Wohnung; 36,6 Prozent lebten bei den Eltern, etwa neun in Untermiete und 1,3 Prozent als BettgeherInnen. Ein Viertel der Verheirateten wohnte bei den (Schwieger-) Eltern, teils vom Ehemann getrennt, *„häufig nur geduldet, in einer Atmosphäre ständiger Gereiztheit“*. Im Fall einer Scheidung kehrte ein Drittel zu den Eltern zurück oder lebte in Untermiete. Von den Ledigen lebten zwei Drittel bei den Eltern, etwa 22 Prozent verfügten über eine eigene

40 Vgl. ebda., 3-27.

41 Vgl. Käthe Leichter: Um die Existenz der arbeitslosen Frauen. In: Die Frau (7/1930), 7f.

# Schlafraum

Von je 10 Frauen haben



# Aufsicht der Kinder

Von je 10 Kindern der Arbeiterinnen sind

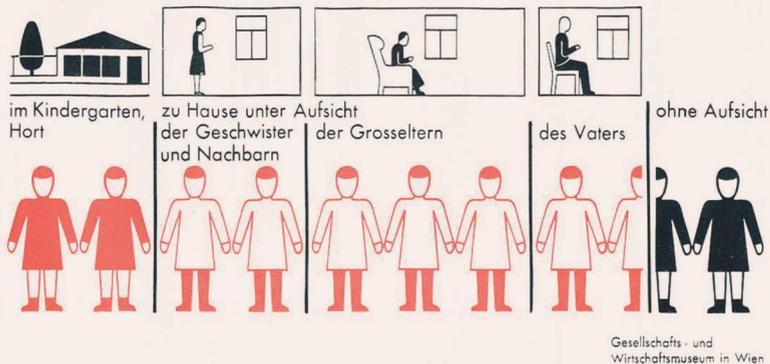


Abbildung 5: Belegung der Schlafräume, Bildstatistik des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums  
Abbildung 6: Aufsicht der Kinder, Bildstatistik des Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums

Wohnung (meist ein Raum mit Kochgelegenheit), knapp zehn Prozent waren Untermieterinnen. Fast die Hälfte wohnte in Zimmer/Küche, mehr als die Hälfte teilte den Schlafraum mit zwei oder mehreren Personen.<sup>42</sup>

Das semidokumentarische dreiteilige Filmdokument „Frauenleben – Frauenlos. Über das Leben arbeitender Frauen“ liefert quasi die Bilder zu Leichters Studie. Es entstand 1931 mit Unterstützung der Arbeiterkammer und wandte sich gegen die Gewerkschaften der AustrofaschistInnen. Das Drehbuch schrieben die Gewerkschafterinnen Anna Boschek und Wilhelmine Moik, Hauptdarstellerin war eine Mitarbeiterin Moiks. Der Film, der in Europa als eines der wichtigsten Filmdokumente zur Frauenarbeit in den 1930ern gilt, wurde Ende 1932 bis Mitte 1933 mehr als 100 Mal aufgeführt und wollte ArbeiterInnen davon überzeugen, in die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften einzutreten. Der erste Teil zeigt den Tagesablauf einer fiktionalen Holzarbeiterin, die zwischen Familie/Haushalt und Fabrik hin- und herhetzt: Zu sehen sind die enge Wohnung, Hausarbeit, die hektische Arbeit in der Fabrik – Mehrfachbelastung und drohende Arbeitslosigkeit sind die zentralen Themen. Der Mittelteil kompiliert eine Menge verschiedener Arbeitsszenen weiblicher Fabrikarbeiterinnen (Frauen, die im Akkord Zigaretten produzieren, am Fließband Löffel herstellen, Telefonistinnen, Holzarbeiterinnen, Hausgehilfinnen und Heimarbeiterinnen usw.). Im letzten Teil tritt die Filmemacherin und Gewerkschafterin Anna Boschek auf und führt Forderungen und Errungenschaften des gewerkschaftlichen Kampfes auf.<sup>43</sup>

42 Vgl. Leichter, *So leben wir*, 72-77.

43 *Frauenleben – Frauenlos*. Ein Film vom Leben arbeitender Frauen. Freie Gewerkschaften/Anna Boschek/Wilhelmine Moik, A 1931, 16 mm, s/w, stumm, 35 min. Der erste Teil ist online unter: [www.youtube.com/watch?v=WLc2AwC\\_yIU](http://www.youtube.com/watch?v=WLc2AwC_yIU) (18.9.2015).

### 4.3 Das prekäre Leben und Arbeiten der Heimarbeiterinnen

Einige Jahre davor, 1923, hatte Käthe Leichter im Auftrag der Arbeiterkammer das Leben der Wiener Heimarbeiterinnen, die am schlechtesten gestellten ArbeiterInnen, untersucht.<sup>44</sup> Heimarbeit erfolgte in den Berufszweigen Stickerei, Wäscherzeugung, chemische Industrie, Papier- und Kleiderkonfektion, Leder sowie Strick- und Wirkwaren. Kennzeichnend waren lange, unregelmäßige Arbeitszeiten, meist schlechte Entlohnung, die Arbeit mit gesundheitsschädigenden Materialien (besonders in der GummIndustrie, die verlangte, mit Feuer zu hantieren). Die Heimarbeiterinnen mussten für Arbeitsmaterial selber aufkommen und die Rohmaterialien aus den Betrieben holen. In sehr vielen Fällen war die Mitarbeit von Familienmitgliedern, darunter Kindern, nötig. Die Wohnungsfrage war für sie lebenswichtig, da die Wohnung zugleich Arbeitsplatz war. Verloren sie diese, waren sie nicht nur wohnungs-, sondern auch arbeitslos – für die prekär Beschäftigten war dies existenzbedrohend. Die meisten lebten und arbeiteten in Zimmer-Küche-Wohnungen, war eine Werkstatt erforderlich, in Zimmer-Küche-Kabinett. Viele waren zudem gezwungen, UntermieterInnen aufzunehmen (etwa 17 Prozent), um ihre finanzielle Lage aufzubessern. Leichter spricht von „*Fällen krassesten Wohnungselends*“<sup>45</sup> und führt als Beispiel eine 30-jährige Gummikleberin an, die ihren Kellerraum mit einem Untermieter teilte.

Sie verweist auch auf wohnungslose Heimarbeiterinnen, die ihren Beruf als Untermieterinnen oder Bettgeherinnen ausübten (8,45 Prozent). Am häufigsten betraf dies Stickerinnen und Arbeiterinnen in der Konfektionsindustrie, die auf dem gemieteten Bett tagsüber arbeiteten.<sup>46</sup> Die Konfektionsindustrie war Saisonarbeit, was besonders unregelmäßige Beschäftigungsverhältnisse mit sich brachte: Über- und Unterbeschäftigung wechselten einander ab, durch die Monate der Arbeitslosigkeit verloren

44 Käthe Leichter: *Wie leben die Wiener Heimarbeiterinnen?*, Wien 1923, bes. 43-46.

45 Ebd., 44.

46 Vgl. hierzu auch Max Winters Bericht in der „Arbeiterzeitung“, Abschnitt BettgeherInnen.

nicht wenige den Anspruch auf staatliche Unterstützung. 11 Prozent der Heimarbeiterinnen waren alleinstehend, mehr als die Hälfte hatten mehrere Kinder, fast 50 Prozent mussten die gesamte Familie erhalten.

Die prekäre Lage der Heimarbeiterinnen scheint für die Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit ein wichtiges Thema gewesen zu sein. Szenen, in denen Heimarbeit thematisiert wurde, sind sowohl in „Ein Film vom neuen Wien“, im zweiten Teil von „Frauenleben – Frauenlos“ als auch in „Das Notizbuch des Mr. Pim“ enthalten, einem SP-Wahlwerbefilm von 1930: Der reiche Amerikaner Mr. Pim reist zu Tochter und Schwiegersohn nach Wien. Er ist Herausgeber einer Zeitung und will sich selbst ein Bild von der angeblich dem Untergang geweihten Stadt machen. Während er sich zunächst von einem reaktionären Journalisten die Entwicklungen erklären lässt, erfolgt später ein gelungener Umerziehungsprozess durch Tochter und Schwiegersohn, beide SozialdemokratInnen. Der Film wägt Alt und Neu gegeneinander ab und arbeitet mit Kontrasten, um so das Publikum zu Kritik bzw. Handeln zu bewegen. Er führt das ehemalige beziehungsweise endgültig zu überkommene Elend, die Verwahrlosung, die mangelhaften Wohnverhältnisse in kurzen „Erzählungen“ vor: Eine davon zeigt die Armut einer Familie, die in einem überfüllten Zimmer gemeinsam in Heimarbeit Papierwaren herstellt, wegen Mietrückständen delogiert wird und in eine improvisierte Baracke auf der „Gstätten“ ziehen muss. Dies sei nun Vergangenheit: Am Ende des Films wird mit dokumentarischen Aufnahmen Bilanz über ein Jahrzehnt sozialdemokratischer Politik gezogen und selbst der zunächst skeptische Amerikaner vom „Roten Wien“ überzeugt.<sup>47</sup>

47 Das Notizbuch des Mr. Pim/Mr. Pim's Trip to Europe. F.W. Rossak, A 1930, 16 mm, s/w, stumm, 76 min. Christian Dewald, Michael Loebenstein (Red.): Das Proletarische Kino in Österreich. DVD 1: Arbeiter Kino 1 – Spielfilme, Wien 2007.

## 5 Wohnungslosigkeit und Fürsorge während der austrofaschistischen Diktatur

Ab 1933 wurde die Wohnbausteuer hauptsächlich für den Straßen- und Brückenbau verwendet, für Wohnungen wurden nun weniger als zehn Prozent des Budgets aufgebracht. Angefangene Wohnungen wurden fertiggestellt, ansonsten gab es mit Ausnahmen, beispielsweise die Wohnblöcke im Barackenlager Hasenleiten, kaum mehr neue Wohnungen.<sup>48</sup>

Wohnungslose mussten wie im nationalsozialistischen Deutschland nun „Wanderbücher“ vorlegen können, unerlaubtes „Vagabundieren“ ohne diesen Nachweis war strafbar. Die Obdachlosenfürsorge konzentrierte sich auf die Errichtung von Familienasylen, die alle nach Heiligen benannt wurden – etwa St. Anna mit 91 Wohnungen in der Floridusgasse. Geplant waren rund 1.000 Asylwohnungen, bis 1937 wurden rund 850 errichtet. Laut Magistrat handelte es sich dabei nicht um Obdachlosenasyile, sondern um „hygienisch einwandfreie“ Wohnungen mit niedriger Miete, die ausschließlich an „geordnete“, „schuldlos“ obdachlos gewordene Familien (ohne Erkrankungen an offener TBC) gingen. Grundgedanke war es, den Familienverband zu erhalten. Den Vätern als „Familienerhaltern“ versuchte man rasch wieder eine Arbeitsstelle zu verschaffen, Fürsorgerinnen kümmerten sich um die „Erziehung zur gesunden Familie“ – inklusive Arztbesuchen und der Vermittlung aller im „Ständestaat“ erstrebenswerten Wertvorstellungen (Familie, Katholizismus usw.). Große Aufschriften an den Häusern wiesen schon von Weitem auf deren Funktion hin. Eigentlich, so der US-Amerikaner Charles Adam Gulick, der in den 1930ern Österreich bereiste, suchte das Regime die Moral der zusammengepferchten Obdachlosen *„durch fortwährende Hinweise auf den Wohltätigkeitsaspekt des ganzen Arrangements noch mehr zu untergraben.“*

48 Vgl. Exenberger, Kündigungsgrund Nichtarier, 21.

Das Wohnungselend stieg während der austrofaschistischen Diktatur infolge ungenügender Bautätigkeit rapide an und die Wohnungen wurden wieder überfüllter. Nach einer Statistik der MA 14 von 1936 über die Schlafverhältnisse von Kindern in den 35.000 von der Gemeinde betreuten Wohnungen mit 200.000 BewohnerInnen besaß etwa die Hälfte der betroffenen 67.000 Kinder eine eigene Schlafstelle. Dazu zählten auch Wäschekörbe, Waschtröge, Strohsäcke usw. Etwas mehr als ein Drittel der Kinder schlief in eigenen Zimmern, die anderen in Kammern oder Küchen. Dazu waren viele der Räume wegen mangelnder Belichtung, Feuchtigkeit, Ungezieferbefall oder genereller Verwahrlosung als Schlafräume ungeeignet.<sup>49</sup>

49 Vgl. Erich Dimitz: BettgeherInnen in Wien und Mariahilf, online unter: [www.bezirksmuseum.at/default/fileadmin/user\\_upload/Bezirke/Bezirk-06/Bettgeher-Text.pdf](http://www.bezirksmuseum.at/default/fileadmin/user_upload/Bezirke/Bezirk-06/Bettgeher-Text.pdf) (9.5.2014).

## 6 Wohnungsraub als Mittel der Wohnbaupolitik im Nationalsozialismus

Das fehlende Bauprogramm der AustrofaschistInnen, der Anstieg von Eheschließungen, die Rückkehr von NationalsozialistInnen aus Deutschland, vielfach mit neu gegründeter Familie, sowie der Zuzug von Militär und NS-OrganisationsmitarbeiterInnen verschärften die Wohnsituation ein weiteres Mal – in Wien waren im März 1938 etwa 70.000 Wohnungssuchende gemeldet. Die NationalsozialistInnen versprachen ein extensives Bauprogramm (60.000 neue Wohnungen) und planten Trabantenstädte und Stadtrandsiedlungen mit Einfamilienhäusern, umgesetzt wurde davon jedoch nicht viel. Gründe waren hohe Baukosten, Planungsschwierigkeiten, Baustoffmangel, Kompetenzstreitigkeiten und spätestens seit Kriegsbeginn verschobene Prioritäten. 1941 wurde mit dem Bau der Wienerfeldsiedlung in Favoriten begonnen, die mit 500 Wohnungen zu den größten Wohnbauprojekten während der NS-Herrschaft gehörte. Insgesamt lässt sich seit 1939 ein kontinuierliches Sinken des privaten Wohnbaus feststellen, der städtische Wohnbau bleibt bescheiden. Bis 1944 werden 3.068 Wohnungen neu gebaut, die Zahl der Gemeindewohnungen steigt um magere 1,3 Prozent; 1945 kommt der Wohnbau gänzlich zum Erliegen. Dem insgesamt Wohnungszuwachs von 3.712 Wohnungen stehen Zerstörungen (durch Luftangriffe und Kampfhandlungen) gegenüber: 36.851 Wohnungen wurden ganz zerstört, 50.025 schwer, 100.305 leicht beschädigt, 13 Prozent des Wohnraums durch Krieg unbenutzbar. Etwa 270.000 WienerInnen hatten bis Kriegsende ihre Wohnung verloren.<sup>50</sup>

Folgender Abschnitt konzentriert sich auf die Wohnraumbeschaffung während der NS-Herrschaft durch den Raub der Wohnungen jüdischer MieterInnen. Der Zeithis-

50 Vgl. Gerhard Botz: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945, Wien/Salzburg 1975, 26f., 53f.; vgl. Herbert Exenberger, Kündigungsgrund Nichtarier, 28f.

toriker Gerhard Botz stellt für Wien einen Zusammenhang zwischen Wohnungsnot und der relativ großen jüdischen Bevölkerung fest, der Symptome der sozialökonomischen und sozialpsychologischen „Mechanismen“ des Antisemitismus deutlicher hervortreten ließe als anderswo.<sup>51</sup> In den Märztagen kam es vielfach zu sogenannten wilden Wohnungsübernahmen jüdischer Wohnungen durch SA-Leute, aber auch vonseiten nichtjüdischer NachbarInnen und VermieterInnen. Tausende jüdische Familien verloren ihre Wohnungen infolge von Plünderungen, Überfällen, Repressalien, durch dem MieterInnenschutz widersprechende Kündigungen der HausbesitzerInnen oder fanden Zettel an der Wohnungstür mit der Aufforderung, die Wohnung zu räumen. Der Umfang dieser „wildes Arisierungen“ (da z.T. unkontrolliert und unkoordiniert) kann auf etwa fünf Prozent des gesamten Wohnbestands geschätzt werden. Bis Ende 1938 hatten 35.000 Wohnungen die BesitzerInnen gewechselt.<sup>52</sup> Zeitungen, beispielsweise der „Völkische Beobachter“, forderten nach dem Novemberpogrom mit Titelzeilen wie „Hinaus mit den Juden aus den guten und billigen Wohnungen!“ offen zum Raub jüdischer Wohnungen auf und verlangten, den „Volksgenossen“ solle auf „kürzestem Weg“ geholfen werden.<sup>53</sup> Die NS-Verwaltung suchte die „wildes“ Enteignungen unter Kontrolle zu bringen (auch, um selber zu profitieren) und erließ Verbote und Gesetze, die den Raub „legalisieren“ sollten. Ab 10. Mai galt das am 30. April 1938 erlassene „Reichsgesetz über Mietverhältnisse von Juden“ auch in Österreich (intern „Judenumsiedelungsgesetz“ genannt), das vorsah, JüdInnen in bestimmten Vierteln zusammenzudrängen und das JüdInnen zur Aufnahme jüdischer (Unter-)MieterInnen verpflichtete. Damit wurde auch der MieterInnenschutz gegenüber nichtjüdischen VermieterInnen praktisch abgeschafft, im September 1940 erfolgte eine generelle Aufhebung des MieterInnenschutzes für JüdInnen.<sup>54</sup>

51 Vgl. Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation, 6.

52 Vgl. ebda., 57, 28.

53 Ebda., 58.

54 Vgl. ebda., 61f.

Um die BewohnerInnen der im Besitz der Gemeinde befindlichen kommunalen Wohnungen zu entfernen, bemühten sich die Behörden um formale Rechtmäßigkeit

bei extensiver Ausnutzung der Gesetzeslage vor 1938. Wohnungen, die nach 1917 gebaut worden waren, unterlagen nicht dem MieterInnenschutz, dies ermöglichte den Behörden eine „legale“ Kündigung jüdischer MieterInnen ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen: Die Registratur der MA 52 verzeichnete insgesamt 2.064 Kündigungsakten jüdischer GemeindebaubewohnerInnen. Die Erfassung jüdischer MieterInnen erfolgte über die Auswertung der Stimmzettel zum „Anschluss“, über Listen von HausinspektorInnen sowie über Informationen von Hausverwaltungen, HausbesorgerInnen usw.<sup>55</sup>

Die konkrete Vorgehensweise der NS-Behörden gestaltete sich wie folgt: Die Erfassungslisten gingen an die jeweiligen BezirksreferentInnen, die Kündigungen verfassten, die an die Bezirksgerichte und von dort an die MieterInnen gingen. Bei Einwendungen – die zu zwei Drittel auf Druck der Behörden oder NachbarInnen wieder zurückgenommen wurden – konnten Räumungen vertagt werden, doch erfolgten sie am Ende ohne Ausnahme. Ende Juli 1938 meldete die MA 21 (Städtische Wohnhäuserverwaltung) an Vizebürgermeister Thomas Kozich (zuständig für Agenden der Städtischen Wohnhäuserverwaltung): 1.950 Wohnungen seien gekündigt, 700 bisher „freiwillig geräumt“. Jüdische FrontkämpferInnen und Kriegsverletzte sollten „*anderweitig untergebracht*“ werden (in Notwohnungen, Baracken), 50 kinderreiche Familien sollten in die Baracken in der Hasenleitengasse – ein ehemaliges Lazarett, das aus desolaten Baracken bestand, die in der Zwischenkriegszeit von Arbeitslosen und Ausgesteuerten bewohnt worden waren – ziehen. Von den restlichen 700 würden jene zur Delogierung vorschlagen, „*wo außer der Tatsache, dass es sich um jüdische Mieter handelt, noch irgendein anderer Grund zu einer Beschleunigung der Räumung vorliegt*“ (z.B. Nichtauslastung, Vernachlässigung, unpünktliche Zinszahlung). Mitte September 1938 waren bereits 1.225 Wohnungen geräumt.<sup>56</sup> Im Dezember 1938 hatten insgesamt 44.000 Wohnungen ihre BesitzerInnen gewechselt; 40 Prozent der noch von JüdInnen gemieteten (oder sich in ihrem Besitz befindli-

55 Vgl. Exenberger, Kündigungsg-  
grund Nichtarier, 28-30.

56 Vgl. ebda., 33f.

chen) Wohnungen bestanden aus Zimmer-Küche-Kabinett oder waren noch kleiner. Die delogierten MieterInnen versuchten meist als UntermieterInnen bei anderen JüdInnen unterzukommen (bzw. erhielten sie Zuweisungen in „jüdische Wohnungen“).

In den folgenden Jahren sollten viele von ihnen bis zur Auswanderung oder Deportation noch mehrmals aus ihren Wohnungen vertrieben werden. Im Mai 1939 waren in Wien 24.844 jüdische MieterInnen registriert, mehr als ein Viertel davon in der Leopoldstadt, elf Prozent in Wien-Alsergrund und neun in der Innenstadt. 43 Prozent der Bevölkerung in Wien-Leopoldstadt (hier war der Anteil jüdischer HausbesitzerInnen am größten), 17 im ersten und 14 Prozent im neunten Bezirk war nun jüdisch, entlang des Donaukanals kam es (bewusst) zu einer Häufung jüdischer BewohnerInnen (Rossau, Spittelau, Stubenviertel). Zudem erfolgte eine starke Zusammendrängung in einzelnen Häusern, die Wohnungen waren überfüllt: Lebten im Alsergrund in Haushalten durchschnittlich 2,4 bis 2,7 Personen, kamen im Bereich Rossauerlände 3,7 Personen auf einen jüdischen Haushalt, viele davon lebten in Untermiete. Bis September 1939 wurden nur noch 12.000 bis 14.000 MieterInnen registriert.<sup>57</sup>

JüdInnen waren nun von Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit stark bedroht. Die wenigsten verfügten über ein Einkommen – Ausnahmen waren vor allem ÄrztInnen oder JuristInnen, die JüdInnen behandelten, manche arbeiteten beim Straßenbau. Maximal ein Viertel war 1939 imstande sich selbst zu erhalten. Die jüdische Kultusgemeinde half mit Bargeldunterstützung und Auspeisungen aus. Ihr sehr hoher Budgetbedarf wurde bis September 1939 hauptsächlich von internationalen Hilfsorganisationen gedeckt. Die Notlage verschärfte sich mit Kriegsbeginn, der eine Zunahme der Verfolgung und eine Erschwerung der Auswanderung mit sich brachte. Dazu kamen neuerliche Verhaftungswellen und zunehmende Entrechtung (wie nächtliche Ausgangssperren, Verbote, Parks,

<sup>57</sup> Vgl. Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation, 73-78.

Cafés usw. zu betreten; ab 1.9.1941 die Ausschließung von öffentlichen Fürsorgeleistungen und das verpflichtende Tragen eines Sterns zur Zwangskennzeichnung) – bis zur völligen Rechtlosigkeit mit dem Entzug der deutschen StaatsbürgerInnenschaft seit 25.11.1941.<sup>58</sup>

Die Einwendungen jüdischer MieterInnen gegen die Delogierungen und die sehr kurze Kündigungsfrist betonten Kriegsteilnahme, Krankheiten und die schwierige finanzielle Lage. Letztere zeigt sich auch in den Antwortschreiben des Magistrats auf Anfragen einzelner Bezirksvertretungen zu Einkommensverhältnissen:

*Holz Müller Anna, Jüdin, Bedienerin, verdient mit Gelegenheitsarbeiten zirka 5 RM wöchentlich und wird von der Israel. Kultusgemeinde durch Verabreichung von Speisemarken unterstützt. Sie wohnt als Untermieterin zu Bett und zahlt monatlich 10 RM Miete. Mit der Zahlung der Miete ist sie seit 2 Monaten im Rückstande. Genannte ist vollständig mittellos und derzeit zahlungsunfähig.*<sup>59</sup>

Zu Kriegsbeginn waren noch 118.000 JüdInnen in Wien gemeldet, davon 41 Prozent Männer und 59 Prozent Frauen. Ihr Durchschnittsalter betrug mehr als 50 Jahre (43 Prozent der Menschen mit jüdischem Religionsbekenntnis waren über 40, 36 Prozent sogar über 60 Jahre alt). Die Tendenz zur Überalterung verstärkte sich in den nächsten Monaten und ist laut Gerhard Botz eine Folge der Emigrationsbewegung, die vor allem mittlere und jüngere Jahrgänge und hier wiederum mehr Männer als Frauen erfasste.<sup>60</sup> Während Anfang 1940 noch etwa 60.000 JüdInnen offiziell in Wien lebten, waren es Anfang 1943 nur mehr 7.889. Allein im Jahr 1942 wurden mehr als 32.000 deportiert, zwei Drittel von ihnen Frauen von über 60 Jahren. Etwa 5.700 JüdInnen erlebten das Kriegsende in Wien.<sup>61</sup> Von den 2.064 gekündigten MieterInnen kommunaler Wohnungen waren 23 Prozent deportiert worden. Aus dem „Heimhof“ in der Pilgerimgasse 22-24 etwa Olga und Juda Bernstein (letzte Adresse in der Lindengasse, 1941 nach Minsk deportiert), Ida und Sigmund Fellner

58 Vgl. ebda., 66f., 71.

59 Exenberger, Kündigungsgrund Nichtarier, 59.

60 Vgl. Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation, 68f.

61 Vgl. ebda., 114f.

(1942 nach Sobibor), die Familie Hönigsberg (1939 nach Nisko; bzw. 1942 nach Sobibor), Irma Kellner (1942 nach Minsk) und viele andere.<sup>62</sup> Einige der Deportierten hatten als letzte Adresse Ägidigasse 5 in Mariahilf angegeben, eine der über die Stadt verteilten „Sammelwohnungen“.<sup>63</sup>

62 Vgl. Exenberger, Kündigungsgrund Nichtarier, 202-345.

63 Vgl. das Dokument mit Opferzahlen aus der Ägidigasse und weitere Auflistungen aus Mariahilf aus dem Projekt Erinnern für die Zukunft auf [www.erinnern-fuer-die-zukunft.at/materialien.html](http://www.erinnern-fuer-die-zukunft.at/materialien.html) (18.9.2015).

**Marie-Noëlle Yazdanpanah**

## **„Die Wohnung ist nur eine Schutzdecke ...“ \*)**

Historische Studie zu Kontinuitäten weiblicher  
Wohnungslosigkeit in Wien

\*)

Im Jahre 1894 hat Professor Philippovich die Wiener Arbeiterwohnungen folgendermaßen gekennzeichnet: „Die Wohnung ist nur eine Schutzdecke vor den Unbilden der Witterung, ein Nachtlager, das bei der Enge, in der sich die Menschen drängen, bei dem Mangel an Ruhe, Luft, an Reinlichkeit nie dem erschöpften Körper zur Ruhe werden kann... Diese Wohnungen bieten keine Behaglichkeit und keine Erquickung, sie haben keinen Reiz für den von der Arbeit Abgemühten. Wer in sie hinabgesunken oder hineingeboren, muß körperlich und geistig verkümmern.“

**Aus:**

**Käthe Leichter: So leben wir ...  
1320 Industriearbeiterinnen  
berichten über ihr Leben,  
Wien 1932, 70**

# 7 Alternative Wohnformen

## 7.1 SiedlerInnenbewegung

Nach dem Ersten Weltkrieg errichteten „wilde Siedler“ vor allem im Wienerwald und in freien „Gstäten“ von den Behörden geduldete illegale Behausungen, um Wohnungsnot, der katastrophalen Ernährungslage und hohen Mieten zu entkommen. In den 1920ern entstand daraus die SiedlerInnenbewegung. 1920 besetzten Obdachlose den Lainzer Tiergarten, später auch andere Gründe im Eigentum der Gemeinde und versuchten, von der Gemeinde Baubewilligungen zu erhalten. Ein Jahr darauf marschierten die SiedlerInnen, die gut organisierte kooperative Selbsthilfeorganisationen gegründet hatten, in Massen durch die Innenstadt, um ihren Forderungen nach Wohnraum und Unterstützung Ausdruck zu verleihen (veranstaltet wurde diese Demonstration vom sozialdemokratisch gelenkten „Hauptverband für Siedlungswesen“).

Mit der Gründung des „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (BWSF)“ 1921 wurden sie von der Gemeinde unterstützt. Bedingungen dafür und Merkmale dieser SiedlerInnenbewegung waren 1.000 bis 3.000 unbezahlte Arbeitsstunden, eine gemeinschaftliche Nutzung der Infrastruktur und Selbstverwaltung. So wurde die Siedlung „Am Rosenhügel“ gemeinschaftlich gebaut und verwaltet, die SiedlerInnen erhielten – um den Arbeitseinsatz zu garantieren – keine bestimmte Parzelle, die Zuteilung der Häuser erfolgte per Los. Bindeglied zwischen den Genossenschaftsbewegungen und der Gemeinde war die noch heute bestehende „Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt (GESIBA)“, die die Baustoffversorgung sicherstellte und zu Österreichs größtem Bauträger werden

sollte, und das von Adolf Loos geleitete „Siedlungsamt der Gemeinde Wien“. Bis 1928 wurden mit Unterstützung der Gemeinde 8.654 Wohnungen (darunter knapp 600 Siedlungshäuser) errichtet. Im Verhältnis zur gesamten Bautätigkeit des „Roten Wien“ nicht sehr viel – die Stadtverwaltung bevorzugte nicht selbstverwaltete mehrgeschoßige Gemeindebauten. Insgesamt wurden von der SiedlerInnenbewegung jedoch fast 50 Siedlungsanlagen mit rund 15.000 Wohneinheiten, mehrheitlich Reihenhäuser und meist am Stadtrand gelegen, erbaut.<sup>64</sup>

## 7.2 Das Einküchenhaus „Heimhof“ als alternative Wohnform für Frauen

Sozialdemokratische (und bürgerliche) Frauenrechtlerinnen setzten sich seit den Anfängen der Frauenbewegung, vermehrt nach dem Ersten Weltkrieg, mit der rechtlichen und wirtschaftlichen Situation von Frauen auseinander. Hauptforderungen der Sozialdemokratinnen waren neben Lohngerechtigkeit, Arbeitsplatzsicherung und der Anerkennung von Hausarbeit eine Verringerung der Doppel- bzw. Dreifachbelastung durch eine Rationalisierung des Haushalts.<sup>65</sup> Sie sahen Hausfrauen als die einzigen ungeschützten, rechtlosen Arbeiterinnen und forderten ihre Organisation, ähnlich derer der Fabrikarbeiterinnen, wie auch eine Entlohnung der Hausarbeit. Vor allem sollte der Haushalt rationalisiert, ausgelagert, zentral verwaltet oder gemeinschaftlich besorgt und so die Frauen, insbesondere berufstätige mit Kindern, entlastet werden. Dies sollte durch Gemeinschaftswaschküchen, Konsumvereine und Kindergärten im „Roten Wien“ geschehen.

Ein alternatives Konzept, das Frauen vom Haushalt freispielen sollte, ist das von der sozialdemokratischen

64 Vgl. Robert Hoffmann: Entproletarisierung durch Siedlung? Die Siedlerbewegung in Österreich 1918 bis 1938. In: Botz u.a., *Bewegung und Klasse*, 713-141, hier: 713-719; *Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie*. Eintrag: Siedlerbewegung, online unter: [www.dasrotewien.at/siedlerbewegung.html](http://www.dasrotewien.at/siedlerbewegung.html) (13.4.2015).

65 Vgl. bspw. Artikel in der sozialdemokratischen Zeitung „Arbeiterinnenzeitung“, ab 1924 „Die Frau“.

66 Zum Einküchenhaus vgl. z.B. Hiltraud Schmidt-Waldherr: *Emanzipation durch Küchenreform? Einküchenhaus versus Küchenlabor*, in: *l'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft* (1/1999), 57-76.

1927

# WOHNUNGEN

## IM EINKÜCHENHAUS, XV. PILGERINGASSE 22

### ZUR VERMIETUNG

Einräumige Wohnungen, bestehend aus Zimmer mit Alkoven, Wirtschaftsnische u. Klosett  
 Besichtigung: Montag und Donnerstag 3 Uhr nachm., XV. Pilgering. 22, Straßenbahnlinie 49 bis Johnstr.

### MIETBEDINGUNGEN

Zuständigkeit nach Wien. — Einmaliger Baukostenbeitrag und Erwerbung der Mitgliedschaft bei der Genossenschaft S 1110. Für wohnungsbedürftige berufstätige Alleinstehende o. Ehepaare. Zins u. Regiebeitrag monatl. ca. S 30

### AUSKUNFTE

Dienstag und Freitag 6–8 Uhr abends, VIII. Bez. Laubongasse Nr. 20, bei der Baugenossenschaft „Heimhof“

Die Wohnungen stellen eine neue Type dar; es ist an Stelle der Einzelwirtschaft die gemeinsame Wirtschaft, der Großbetrieb, gesetzt. Die Bewohner finden dajelbst vollständige Verpflegung und sind von Haus-u. Wirtschaftsführung vollkommen entlastet

Abbildung 7: Werbeplakat für das Wohnprojekt Einküchenhaus (1927)

Frauenrechtlerin Lily Braun in ihrer Schrift „Frauenarbeit und Hauswirtschaft“ (1901) entworfene Kollektivmodell des „Einküchenhauses“.<sup>66</sup> Ab 1903 bis in die 1950er-Jahre wurden in Europa mehrere davon errichtet, in Wien auf Betreiben der Frauenrechtlerin und Sozialreformerin Auguste Fickert im Jahr 1911 eines für alleinstehende, erwerbstätige Frauen in der Peter-Jordan-Straße. Ungleich bekannter und bis heute existent (jedoch mit zusammengelegten Wohnungen und ohne Gemeinschaftsküche seiner Grundkonzeption beraubt) ist der während des Ersten Weltkriegs konzipierte und 1921 bis 1923 in der Pilgeringasse 15 nach Plänen des Architekten Oskar Polak-Hellwig durch die „Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft Heimhof“ erbaute „Heimhof“, in den Paare und Familien ziehen konnten, wenn beide PartnerInnen berufstätig waren.<sup>67</sup>

Blieben die Gemeindebauten à la longue dem Konzept der in einzelnen Haushalten organisierten Kleinfamilie verhaftet, wurde im Einküchenhaus der Haushalt zentral ausgelagert, um Frauen von der hauswirtschaftlichen Reproduktionsarbeit zu entlasten. Die Mehrparteienhäuser bestanden aus kleinen Wohnungen

67 Vgl. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Eintrag Heimhof, online unter: [www.dasrotewien.at/heimhof.html](http://www.dasrotewien.at/heimhof.html) (9.5.2015).

mit Kochgelegenheiten und Wasseranschluss sowie Staubsauger und Zentralheizung. Statt einzelner Küchen gab es eine Zentralküche in Erdgeschoß oder Keller, die mittels Speiseaufzug und Telefon mit den einzelnen Wohnungen verbunden war. Sie wurde von externem Personal (in Wien von Gemeindebediensteten) bewirtschaftet, das die Speisen zubereitete. Weiters gab es Putzpersonal, Wäscheabholung zum Selbstkostenpreis, eine Dachterrasse und weitere Gemeinschaftsangebote. Ziel war die Aufhebung sozialer Isolation und innerfamiliärer Herrschaftsstrukturen.<sup>68</sup>

Dies zeigt der Film „Das Einküchenhaus“ von Leopold Niernberger (A 1922), der das Modell preist. Wie „Mr. Pim“ oder „Frauenleben – Frauenlos“ ist das Dokument ein hybrider Mix aus Dokumentarfilm, Werbung und fiktionalen Elementen und arbeitet mit Kontrasten. Eine berufstätige, überarbeitete, von Haushalt und Kindern überforderte Frau zieht hier mit Ehemann und zwei Kindern (die Idee dazu kommt von ihrem Mann) in den „Heimhof“. Dieser ist im Gegensatz zur alten Wohnung mit ihrer altmodischen, unpraktischen Küche sauber und komfortabel ausgestattet. Die Frau arbeitet nun nicht nur besser und erhält dafür eine Beförderung, es bleibt ihr auch Zeit für Kaffee mit Freundinnen, denen sie die moderne mit Zentralheizung und Staubsauger ausgestattete Wohnung sowie den Bestellvorgang für das Essen vorführt. Die Kinder besuchen den Kindergarten im Dachgeschoß des Hauses und der Ehemann findet nach der Arbeit Zeit mit ihnen zu spielen, während er in der alten Wohnung lediglich ungeduldig auf sein Essen wartete, die unbeaufsichtigten Kinder ignorierend. Niernbergers Film zeigt, wie es sein könnte, er führt eine Wohnutopie vor, die Realität wird.

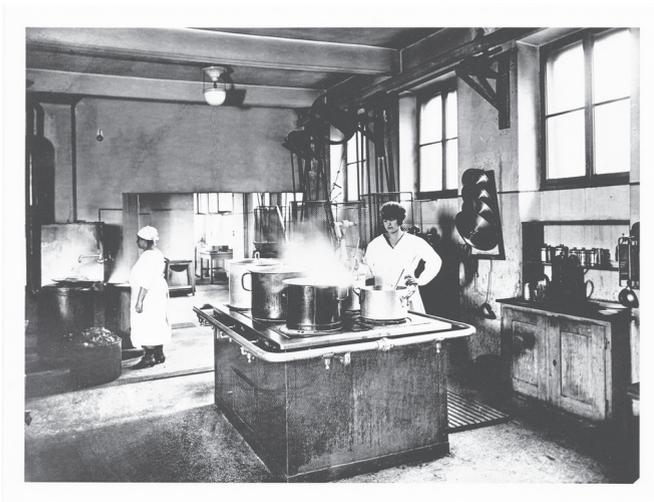
68 Zum Konzept der „Zentralhaushaltung“ im Einküchenhaus vergleiche die ungarische Feministin Rosika Schwimmer: *Neue Heimkultur. Zentralhaushaltung – Einküchenhaus*, Wien 1909, online unter: [www.literature.at/viewer.alo?viewmode=overview&objid=14389&page=](http://www.literature.at/viewer.alo?viewmode=overview&objid=14389&page=) (9.5.2015).

69 H.H.: *Ehe und Staat*. Professor Dr. Wilhelm Schmidts zweiter Universitätsvortrag. In: *Reichspost* 5.9.1925, 6, online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19250905&seite=6&zoom=33> (9.5.2015).

Das Modell der zentralen Haushaltsführung war keineswegs unumstritten. Nicht nur die Konservativen sahen die „Kultur der Familie“ gefährdet: *„Gemeinsame Küchen in Mietshäusern sind abzulehnen, alles ist abzulehnen, was die seelischen Kräfte der Familie zerstört“*, wie die rechtskonservative „Reichspost“ schrieb.<sup>69</sup> Auch vonseiten der Sozialdemokra-



Abbildung 8, 9 und 10: Außenansicht, Küche und Speisesaal vom Einküchenhaus „Heimhof“ in Rudolfshaus



tie gab es Kritik: So lehnte Clara Zetkin Brauns Konzept aus ökonomischen (zu teuer) und psychologischen Gründen (erst in der sozialistischen Gesellschaft durchführbar) ab.<sup>70</sup> In ihrer Untersuchung befragte Käthe Leichter die Industriearbeiterinnen auch zu Haushaltsagenden und dem Konzept des Einküchenhauses (die Frage danach wurde von einem Drittel beantwortet).<sup>71</sup> Trotz Überlastung und fehlender bis kaum existenter Mitarbeit anderer Familienmitglieder – wenn, dann meist durch (Schwieger-) Mütter, nur bei 14 Prozent übernahmen auch die Männer Aufgaben im Haushalt – sprachen sich die meisten gegen dieses Modell aus. Das Konzept einer Zentralküche befürworteten eher Ledige als Verheiratete, darunter vor allem jene, die bereits Erleichterungen wie Gas oder Wasser im Haushalt hatten. Manche bezeichneten das Einküchenhaus als „Zwangseinrichtung“ und hegten Sorge, dass das Essen nicht schmecke. Die meisten führten jedoch ökonomische Gründe an, das Einküchenhaus schien ihnen zu teuer – denn die Miete in Einküchenhäusern wie dem „Heimhof“, die auch Reinigungs- und Energiekosten beinhaltete, war höher als in anderen Sozialbauten.

Die Schaffung eines „Neuen Menschen“, einer neuen Gesellschaft, war zentrales Konzept der TheoretikerInnen des „Roten Wien“, und sozialdemokratische Feministinnen wie Therese Schlesinger hatten, um diese neue Gesellschaft voranzutreiben, die Vergenossenschaftlichung der Hausarbeit, die ein neues, gleichberechtigtes Zusammenleben ermöglichen sollte, in ihren Schriften mehrfach eingefordert. Doch so manchen GenossInnen ging das zu weit. Das Sitzungsprotokoll des Wiener Gemeinderats zeugt von Unbehagen vor einer Auflösung etablierter Sozialformen und der Emanzipation der Frauen: *„Es ist ein Unsinn, wenn eine Familie in einem solchen Einküchenhaus wohnt. Es ist auch aus sittlichen Gründen nicht anzuraten, der Hausfrau alle Sorgen für den Haushalt abzunehmen. Die junge Hausfrau soll sich nur sorgen, sie soll wirtschaften und sparen lernen, das wird ihr für die Zukunft nur von Nutzen sein.“*<sup>72</sup>

70 Vgl. Schmidt-Waldherr, Emanzipation durch Küchenreform, 4.

71 Vgl. Leichter, So leben wir, 78-87

72 Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 9.3.1923. Zit. n. [www.dasrote-wien.at/heimhof.html](http://www.dasrote-wien.at/heimhof.html) (9.5.2015).

Doch trotz mehrfach geäußerter Ablehnung entschied sich die Stadt Wien Mitte der 1920er, das in finanzielle Schwierigkeiten geratene Projekt zu unterstützen und übernahm den „Heimhof“ von der gleichnamigen gemeinnützigen Baugenossenschaft. Das Haus wurde umgebaut und bis 1927 auf 126 zweiräumige und 126 einräumige Wohnungen erweitert. Argumentiert wurde dies mit der zu geringen Wirtschaftlichkeit, da die ursprünglich 25 Wohnungen die vielen Gemeinschaftseinrichtungen nicht tragen könnten. Das Haus ging damit über in den Besitz der Gemeinde, sollte aber weiterhin von der Genossenschaft „Heimhof“ verwaltet werden.<sup>73</sup> Dennoch setzte sich das Wohnmodell nicht durch: „Von seinen Benutzern zum Hotel umfunktioniert, ideologisch angegriffen (nicht nur die Struktur der Kernfamilie wurde als gefährdet angesehen, man befürchtete auch, die im Haushalt unerfahrenen Frauen seien nicht mehr zur Heirat qualifiziert), ökonomisch teuer und gesellschaftlich entkoppelt, bleibt das Einküchenhaus ein sozialer Vorschlag.“<sup>74</sup>

Während der Diktatur des „Ständestaats“ wurde die Zentralküche durch Essensmarken überflüssig gemacht; 1938 Küche und Speisesaal gesperrt und in Kellerräume umgewandelt. Die unattraktiv gewordenen Wohnungen verwarhlösten zunehmend und wurden als Notunterkünfte verwendet. In den 1990ern wurde der „Heimhof“ renoviert und die Wohnungen zusammengelegt – von der ursprünglichen Idee eines Hauses mit rationalisiertem, genossenschaftlichem Haushalt blieb nur mehr der Name.

### **7.3 Alternative Wohnmodelle seit den 1960er-Jahren**

Das Einküchenhaus geriet nach dem Krieg weitgehend in Vergessenheit, erst im Zuge der StudentInnenbewegung, in der alternative nichtfamiliäre Lebensformen

73 Vgl. Gemeinde Wien (Hg.): Das neue Wien. Städtewerk. Band 3, Wien 1927, 90.

74 Elisabeth Büttner: Neues Wohnen. In: Filmhimmel 33 (2006), 3, online unter: [http://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel\\_pdf/fh\\_033.pdf](http://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel_pdf/fh_033.pdf) (18.9.2015).

und kollektives Wohnen (erneut) diskutiert und gelebt wurden, wurde es wiederentdeckt – und positiv bewertet. Der Wohnbau war in der Nachkriegszeit am Modell der (bürgerlichen) Kleinfamilie orientiert, ohne Raum für Mitbestimmung oder alternative Wohnmodelle. Seit Ende der 1960er-Jahre entstanden im Kontext der neuen sozialen und politischen Bewegungen Wohn- und Hausgemeinschaften sowie Kommunen. 1967 auch in Wien, als Robert Schindel und circa 50 weitere AktivistInnen in Anlehnung an die Berliner Kommune I die „Kommune Wien“ initiierten. In den 1970ern existierten unterschiedlichste Formen von Kommunen: jene, die Zweierbeziehungen generell ablehnten (große Betten für alle), feministische Frauen-WGs, WGs mit und ohne Kinder.<sup>75</sup>

Ab Ende der 1970er gab es mehrere wohnungspolitisch motivierte Besetzungen abbruchreifer Häuser und Fabriken (z.B. in der Windmühl- und der Ägidigasse in Mariahilf), um billigen Wohnraum und Räume der Selbstbestimmung zu schaffen. Geschlechtergerechte Beziehungen seien jedoch in den Utopien eines gerechten Wohnens nicht unbedingt mitbedacht worden, wie Maria Mesmer in ihrer Untersuchung der Arena-Besetzung feststellt. So kritisierten die BesetzerInnen zwar das Konzept Kleinfamilie, egalitäre Partizipation schien aber nicht Teil des Programms zu sein: Im Arena-Komitee befand sich von insgesamt 20 Leuten nur eine Frau. Die Arena-Fraengruppe gründete ein Kinder-, dann ein Frauenhaus, das, so Mesmer, teils defensiv orientiert war (es sollte ein Rückzugsort sein, der Sicherheit bot) und Ziel untergriffiger Kritik wurde. In den folgenden Jahren entwickelten sich verschiedenste autonome Frauenräume in Wien (z.B. Wiener Frauenzentrum, Frauencafé, Frauenbar), die zum Teil heute noch existieren. Die „neue“ Frauenbewegung setzte sich stark mit dem Thema Gewalt gegen Frauen auseinander; so entstanden auch spezielle autonome Räume, die von Gewalt betroffenen Frauen Schutz bieten sollten – die Frauenhäuser. In Wien wurde das erste Frauenhaus Ende 1978 eröffnet und von öffentlicher Hand finanziert.<sup>76</sup>

75 Vgl. Susanne Breuss: Gegen die herrschenden Verhältnisse. Zur Geschichte alternativer Wohn- und Lebensformen in Wien. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz (Hg.): Besetzt. Kampf um Freiräume seit den 70ern, Wien 2012, 38-43, 41f.

76 Vgl. Maria Mesmer: „Room of One's Own“. Räume, Geschlecht und Autonomie. Fallbeispiel Wien. In: Nußbaumer, Schwarz, Besetzt, 60-63, 61f.

Inzwischen wird kollektives Wohnen nicht mehr als zeitlich begrenzte Lebensform wahrgenommen. Der laut Susanne Breuss in den 1980ern einsetzende, durch die zunehmende Flexibilisierung der Lebensformen begünstigte Prozess der „Entideologisierung und Entmoralisierung nicht-familiärer Wohnformen“<sup>77</sup> scheint sich durchgesetzt zu haben. Es gibt generationenübergreifende Projekte wie die gemeinschaftlich entwickelte und bis heute selbstverwaltete „Sargfabrik“ (1996) und seit Dezember 2011 Wiens erstes WG-Haus, das Wohnprojekt „citycom“ des gemeinnützigen Bauträgers ÖSW, das sich an Studierende, Alleinerziehende und PensionistInnen gleichermaßen richtet. Die Wohnungen sind für drei bis sechs Personen mit individuellen Mietverträgen konzipiert, die neben ihren Zimmern Gemeinschaftsräume nutzen können.

Speziell frauenspezifische bzw. frauengerechte Wohnbauprojekte wurden bereits ab Mitte der 1990er Jahre von der Gemeinde Wien entwickelt und finanziert: Die erste „Frauen-Werk-Stadt“ im 21. Bezirk wurde vom Frauenbüro der Stadt Wien (heute Frauenabteilung der Stadt Wien) in Abstimmung mit den zuständigen Ressorts für Stadtplanung, Wohnbau und Frauenfragen konzipiert (Baubeginn 1995, Bezug 1997/98). Ziel dieses europaweit größten Pilotprojekts frauengerechten Wohn- und Städtebaus ist einerseits die „Erleichterung von Haus- und Familienarbeit, die Förderung nachbarschaftlicher Kontakte und ein Wohnumfeld, in dem die BewohnerInnen auch abends sicher unterwegs sein können“. Andererseits sollte damit „sowohl in der allgemeinen als auch in der fachlichen Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit auf weibliche Architektinnen und Planerinnen [gelenkt und die] Teilhabe von Fachfrauen an der Stadtentwicklung [...] erhöht werden.“<sup>78</sup> Auf einem mehr als zwei Hektar großen Areal entstanden 350 von Frauen geplante Wohnungen für etwa 1.000 Menschen. Im Herbst 2004 wurde im 10. Bezirk die Frauen-Werk-Stadt II fertiggestellt. Im Frühjahr 2009 wurde Dachgleiche beim Frauenwohnprojekt [ro\*sa] KalYpso im neuen Stadtteil Kabelwerk gefeiert, kurz darauf wurde das Frauenwohnprojekt [ro\*sa] im 22. Bezirk fertiggestellt.

77 Breuss, Gegen die herrschenden Verhältnisse, 41.

78 [www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/rtf/werk1-la.rtf](http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/rtf/werk1-la.rtf) (14.4.2014).

Abbildung 11 und 12: Die erste FrauenWerkStadt I in der Donaufelder Straße 95 – 97 in Floridsdorf



hilfe zu etablieren, die Alters- und Geschlechtsunterschiede berücksichtigen.<sup>80</sup>

## 8.1 Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen heute

Das vorherrschende Bild von Obdachlosigkeit ist ein männliches. Frauen leben seltener auf der Straße (diese Zahl ist jedoch im Steigen begriffen), sie suchen und suchen seltener Fürsorgeeinrichtungen auf. Und das, obwohl sie tendenziell stärker von Armut bedroht sind als Männer. Gründe dafür sind vor allem häufigere Teilzeitbeschäftigungen, schlechtere Entlohnung und die größere Gefahr der Arbeitslosigkeit. Einkommensunterschiede bestehen auf zwischen obdachlosen Männern und Frauen: Bei Männern ist das Arbeitslosengeld Haupteinkommensquelle, bei Frauen Sozialhilfeleistungen: *„[Die] Situation wohnungsloser Frauen bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen ist in vieler Hinsicht prekär. Nicht nur gehen sie Zweckpartnerschaften ein, um der Obdachlosigkeit zu entgehen, und haben Gewalt- und Missbrauchserfahrungen, sondern finden sich – auf Grundlage von Erhebungen in Wohnungsloseneinrichtungen – unter obdachlosen bzw. wohnungslosen Frauen vermehrt psychisch auffällige Frauen.“*<sup>81</sup>

„Typische“ obdachlose Männer haben eine Entwicklung von Scheidung über Wohnungs- und Arbeitsplatzverlust zu (zunehmendem) Alkoholismus hinter sich; Frauen sind häufiger „versteckt“ obdachlos beziehungsweise leben sie in ungesicherten Wohnverhältnissen. Bei Trennungen reagieren sie meist anders auf die bevorstehende Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit. Sie *„versuchen einen Wohnungsverlust anfangs meist mit privaten Lösungen in eigenen kleinen Netzen zu bewältigen. Dementsprechend ist die eigentliche Erscheinungsweise weiblicher Obdachlosigkeit die verdeckte Obdachlosigkeit.“*<sup>82</sup>

80 Vgl. Ofner, Am Rand der Gesellschaft, 62-64.

81 BAWO-Frauenarbeitskreis: Wie schläft die Marie? Eine Sammlung über die Lage wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen in Wien, 2007, online unter: [www.armutskonferenz.at/files/bawo\\_wie\\_schlaeft\\_die\\_marie-2007.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/bawo_wie_schlaeft_die_marie-2007.pdf), 5 (18.9.2015).

82 Birgit Haslinger, zit. n. Ofner, Am Rand der Gesellschaft, 84.

Das Gender-Manifest von "wieder wohnen" des Fonds Soziales Wien (FSW), der größten Organisation innerhalb der Wiener Wohnungslosenhilfe, liefert ein ähnliches Bild: Nicht nur waren 70 Prozent der Betreuten Männer, auch hier wurde die Erfahrung gemacht, dass Frauen vermehrt ZwangspartnerInnenschaften eingingen, um drohender Wohnungslosigkeit zu entgehen, ebenso seien sie häufig (sexueller) Gewalt ausgesetzt.<sup>83</sup> "wieder wohnen" stellt fest, dass erst das Zusammentreffen mehrerer struktureller und/oder persönlicher Faktoren – wie die Situation am Wohnungsmarkt, die frauenspezifische Ausbildungs- und Erwerbssituation, Defizite der Herkunftsfamilien oder Beziehungsprobleme, bestimmte Sozialisationsbedingungen – die gesicherte Wohnsituation gefährdeten. Mit Verweis auf ein Forschungsprojekt des Wissenschaftsladens Linz werden zwei „typische“ Gruppen wohnungs- bzw. obdachloser Frauen angeführt: Die erste machten Frauen aus, die sich nie eine gesicherte Existenz aufbauen konnten; die zweite Frauen, für die Wohnungslosigkeit einen Bruch darstelle.<sup>84</sup>

Eine sehr ähnliche Einteilung wohnungsloser Frauen nehmen Claudia Novak und Heinz Schoibl vor: Demnach komme die erste Gruppe aus Armutbedingungen und sei benachteiligt sozialisiert. Wohnungslosigkeit stelle für sie keine unmittelbare Bedrohung dar, sondern sei eine befristete Unterbrechung ihrer mehr oder weniger abgesicherten, an der Armutsgrenze schrammenden Lebensverhältnisse. In besonders prekären Zeiten würden sie mit radikalen Strategien wie Prostitution ihr Auskommen zu sichern versuchen. Die andere Gruppe identifiziere sich in einem hohen Grad mit traditionellen Frauenrollen. Nicht gewollte Trennungen vom Partner könnten zu Situationen führen, die im völligen Gegensatz zu ursprünglichen Lebensentwürfen stünden. Tendenziell machten diese Frauen sich selber für ihre Notlage verantwortlich, empfänden Schuld und Scham darüber und verfügten über keine Strategien, mit ihrer Situation umzugehen. So seien sie stärker als die erste Gruppe dazu gezwungen, Hilfe zu

83 Felice Drott, Manuela Oberegger, u.a.: Gender (Mainstreaming) Manifest der "wieder wohnen" GmbH. Wien 2008, 6, online unter: [www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/GM\\_Manifest\\_wieder\\_wohnen\\_GmbH.pdf](http://www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/GM_Manifest_wieder_wohnen_GmbH.pdf) (20.5.2014).

84 Susanne Jirsa, Manuela Oberegger u.a.: Leitfaden zur gendergerechten Sozialen Arbeit bei "wieder wohnen", Wien 2013, 10, online unter: [www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/20130919\\_WWO-Genderleitfaden\\_2013.pdf](http://www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/20130919_WWO-Genderleitfaden_2013.pdf) (20.5.2014).

suchen. Diese sollte aber möglichst „unauffällig“ sein, da sie sich sonst zurückzögen, um stattdessen zu schlechten Behelfslösungen zu greifen.<sup>85</sup>

Damit dies nicht geschehe und Frauen häufiger auf die Angebote sozialer Einrichtungen für Wohnungs- und Obdachlose zurückgreifen, müssten diese Institutionen – auch gemischtgeschlechtliche – nach Novak/Schoibl Vorsorge zum Schutz von Privatsphäre und gegen Gewalt treffen, ebenso müsse der Zugang frauenspezifisch gestaltet werden (z.B. Kinderbetreuung, Bereitstellung eines „Raums“, in dem Frauen ihre Anliegen öffentlich machen können, weibliche Mitarbeiterinnen).<sup>86</sup> Der BA-WO-Frauenarbeitskreis sieht vor, das Angebot für Frauen zu erweitern, damit *„einerseits dem vermuteten Bedarf an Wohnplätzen für Frauen [nachgekommen werden kann] und andererseits [...] der tatsächliche Umfang genauer eingeschätzt werden [kann].“*<sup>87</sup> Das „Gender Manifest“ von *„wieder wohnen“* (2008) macht es sich zum Auftrag, die Gender-Perspektive in die Arbeit der Wohnungslosenhilfe zu integrieren und somit *„in allen Handlungsfeldern neben wichtigen Aspekten wie bspw. sozialen Bedingungen auch die Geschlechterzugehörigkeit und die damit einhergehenden Lebensrealitäten“* zu berücksichtigen, um der *„Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern [zu] dienen und zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Versorgung für die betreuten KlientInnen bei/zu tragen“*.<sup>88</sup> Dies soll mittels Leitfäden, geschlechtersensiblen Statistiken, Workshops und Ähnlichem erfolgen.

Bis Ende der 1980er-Jahre wurden obdachlose Frauen, Männer und Familien getrennt untergebracht – die Angebote richteten sich vermehrt an Männer. 1987 eröffnete das „Tageszentrum Pazmanitengasse“ (Caritas-P7 – Wiener Service für Wohnungslose), ein ambulantes Tagesangebot für obdachlose Frauen und Männer; zwei Jahre später folgte das „Sozialtherapeutische Wohnheim Gänsbachergasse“ für Frauen, Männer und Paare (*„wieder wohnen“*). Die speziellen Bedürfnisse von Frauen wurden bei diesen Einrichtungen lange nicht berücksichtigt –

85 Vgl. Klaudia Novak, Heinz Schoibl: Armut, soziale Ausgrenzung und Wohnungslosigkeit von Frauen in Österreich, 9/2000, online unter: [www.armutskonferenz.at/files/novak\\_schoibl\\_armut\\_wohnungslosigkeit\\_frauen-2000.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/novak_schoibl_armut_wohnungslosigkeit_frauen-2000.pdf) (18.9.2015), 27.

86 Vgl. ebda

87 BA-WO-Frauenarbeitskreis, *Wie schläft die Marie?*, 6.

88 Drott, Oberegger u.a., *Gender (Mainstreaming)*, 7.

wesentlicher Grund dafür könnte die niedrige(re) Anzahl sichtbar wohnungsloser Frauen sein.

2005 ging aus dem Projekt „FrauenWohnZimmer“ – dem ersten Wiener Tageszentrum für obdach- und wohnungslose Frauen –, das zuvor im 6. Bezirk beheimatet gewesen war, das von der Caritas geführte „FrauenWohn-Zentrum“ hervor: Auf vier Stockwerken werden insgesamt 32 Wohnplätze für Frauen ab 18 Jahren zur Verfügung gestellt. Es gliedert sich in einen Wohnbereich, das Tageszentrum und in eine Nachtnotunterbringung, die drei Frauen in akuter Not eine Nacht lang Platz bietet.

Im ersten Wiener Gleichstellungsmonitor (2013) wurden die Angebote der Wiener Wohnungslosenhilfe hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses näher analysiert. Im Jahr 2012 nahmen 12.638 Personen Angebote der Wiener Wohnungslosenhilfe in Anspruch, Frauen stellten ein Drittel aller BezieherInnen. Der Anteil der Frauen und Männer ist je nach Angebot aber sehr unterschiedlich verteilt. 28 Prozent der Frauen nutzen Angebote von Übergangs- und Dauerwohnungen. Stark unterrepräsentiert sind sie dabei bei Nachtquartieren (20 Prozent) sowie bei Übergangswohnungen (24 Prozent), die gemeinsam 60 Prozent des Angebots umfassen. Beim „Betreuten Wohnen“, das ein eigenständiges Wohnen ermöglicht, ist der Frauenanteil mit 48 Prozent hingegen deutlich höher. Für „Housing First“, eine mobile Wohnbetreuung, die erst seit 2011/2012 in Wien angeboten wird, lagen für den Gleichstellungsmonitor noch keine auswertbaren Daten vor.<sup>89</sup>

2013 wurde das frauenspezifische Tagesangebot erweitert und das „Frauen-Tageszentrum Ester“ in Wien-Mariahilf eröffnet. In diesem finden obdach- und wohnungslose Frauen einen geschützten Raum, zu dem Männer keinen Zutritt haben. Das Angebot, das sich auch an Frauen richtet, die im sechsten Bezirk leben und/oder arbeiten, umfasst neben sozialarbeiterischer Unterstützungen

89 Vgl. Magistratsabteilung 57: Wiener Gleichstellungsmonitor, Wien 2014, 208f. Zur aktuellen Angebotsstruktur der Wiener Wohnungslosenhilfe und dem Geschlechterverhältnis siehe Text von Irene Bauer „Die Wiener Wohnungslosenhilfe heute und ihre Angebote für Frauen“ auf Seite 65.

wie Informationen zum Hilfesystem und Abdeckung der Grundbedürfnisse auch kulturelle Veranstaltungen. Frauen aus der Nachbarschaft sind dabei ebenfalls mitbedacht, um durch eine „*Vermischung unterschiedlichster Lebenswelten [...] gefühlte Stigmata*“ zu verringern und „*nachbarschaftliche Beziehungen*“ zu fördern.<sup>90</sup>

Im Herbst 2014/2015 fand im Auftrag der Frauenabteilung der Stadt Wien der Werkstätten- und Veranstaltungszyklus „Geteilte Räume“ statt, der vom Kunst- und Kulturvermittlungsbüro trafo.K in Kooperation mit dem „Frauen-Tageszentrum Ester“ durchgeführt wurde: In monatlich durchgeführten Werkstätten unter dem Titel *zusammen::nähen* wurde den Besucherinnen von Ester die Möglichkeit geboten, durch das Nähen einer gemeinschaftlichen Picknickdecke und anderer Objekte ins Gespräch zu kommen, handwerkliche Entscheidungen zu treffen und auch Themen, die sie betreffen, gestalterisch umzusetzen. In einem zweiten Teil des Projekts wurde das Thema weibliche Wohnungslosigkeit in die Öffentlichkeit getragen und dort verhandelt: Bis in den Frühsommer 2015 wurde u.a. über Miet- und Wohnungspolitik diskutiert oder die Geschichte von weiblichen Wohnverhältnissen (z.B. filmisch) erkundet. Den Abschluss des Projekts bildete ein Fest im „Frauen-Tageszentrum Ester“, auf dem die in den Werkstätten entstandenen Quilten und Wimpel als Interventionsinstrumentarium zum Einsatz kamen.

90 Fonds Soziales Wien, [http://wohnen.fsw.at/wohnungslos/tages-u-beratungszentren/wieder-wohnen\\_ester](http://wohnen.fsw.at/wohnungslos/tages-u-beratungszentren/wieder-wohnen_ester) (20.9.2015).



Abbildung 13 bis 16: Fotos von der Abschlussveranstaltung „Geteilte Räume“ am 15. Juni 2015 in den Räumen des „Frauen-Tageszentrum Ester“ in Mariahilf

## 8 Wohnen und Wohnungslosigkeit nach 1945

Nachdem im Krieg etwa 13 Prozent der Wohnungen in Wien zerstört worden und an die 35.000 WienerInnen obdachlos geworden waren, wurde 1946 der „Notstandsbau“ beschlossen, zwei Jahre später der „Wohnhauswiederaufbau“ zur Wiederherstellung beschädigter oder zerstörter Wohnhäuser eingerichtet und 1950 ein „Schnellbauprogramm“ zur Errichtung Tausender Duplexwohnungen veranlasst. Im selben Jahr waren 55.248 Wohnungssuchende, 31.309 davon in der ersten Dringlichkeitsstufe, vermerkt. In den 1950ern und 1960ern erfolgte die Umsetzung eines extensiven Wohnbauprogramms: An die 105.000 Wohnungen in Montagebauweise wurden 1960 bis 1970 errichtet. Gleichzeitig wurden MieterInnenschutz und ein umfassendes Förderungssystem eingerichtet.<sup>79</sup>

Wohnungslosigkeit wurde in der Nachkriegszeit als selbst verschuldet interpretiert, Wohnungslose wurden von der Heilsarmee betreut. In den 1970ern setzten sich langsam neue Ansichten durch. Unter der Regierung Kreisky wurde Obdachlosigkeit 1977 gesetzlich entkriminalisiert, und es erfolgte ein Umdenken bezüglich ihrer Ursachen: Die strukturellen (ökonomischen) und individuellen Begleitumstände wurden ab nun berücksichtigt und anstelle von Fürsorge Sozialarbeit geleistet. Statt in Massenschlafsälen wurden die Menschen zunehmend in (kleinen) Einzelzimmern untergebracht. 1991 war das Gründungsjahr der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO), die als Dachverband der österreichischen Wohnungslosenhilfe fungiert, 2001 gründete sich der BAWO-Frauenarbeitskreis. Weiters wurde ein Grundsatzprogramm zur Wohnungsnot und steigenden Wohnungskosten erstellt und versucht, überregionale Standards in der Wohnungslosen-

79 Peter Eigner, Herbert Matis, Andreas Resch: Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme. In: Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien 1999, 49-100, online unter: [www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/matis\\_wohnbau.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/matis_wohnbau.pdf) (14.4.2014), 16-20.

## 9 Bibliografie

### Schriftliche Quellen

Viktor **Adler**: Die Lage der Ziegelarbeiter. In: Viktor Adler. Aus seinen Reden und Schriften. Ausgewählt von Anton Tesarek, Wien 1947, 179-187.

**Bundespressediens**t (Hg.): Österreichisches Jahrbuch 1925, Wien 1926.

**Bundespressediens**t (Hg.): Österreichisches Jahrbuch 1927, Wien 1928.

Robert **Danneberg**: Kampf gegen die Wohnungsnot. Ein Vorschlag zur Lösung bei Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, Wien 1921.

**Gemeinde Wien** (Hg.): Das neue Wien. Städtewerk. Band 3, Wien 1927.

**Gesetz** betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, 3.12.1863 (RGI 105/1863), online unter: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=rgb&datum=18630004&seite=00000368&size=45> (20.5.2014).

**Großstadtelend**. In: Arbeiterzeitung 18.4.1911, 4, online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19110418&seite=4&zoom=33> (14.9.2015).

**H.H.**: Ehe und Staat. Professor Dr. Wilhelm Schmidts zweiter Universitätsvortrag. In: Reichspost 5.9.1925, 6, online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19250905&seite=6&zoom=33> (2.6.2015).

**Hausordnung** des Vereins Erzherzogin Marie Valerie Wiener Frauenheim, 1911, online unter: [www.literature.at/viewer.alo?objid=24100&page=1&viewmode=fullscreen](http://www.literature.at/viewer.alo?objid=24100&page=1&viewmode=fullscreen) (20.5.2014).

**Jahresbericht** des Frauen-Wohlthätigkeits-Verein für Wien und Umgebung, online unter: [www.literature.at/collection.alo?from=1&to=50&orderby=author&sortorder=a&objid=22725&page=](http://www.literature.at/collection.alo?from=1&to=50&orderby=author&sortorder=a&objid=22725&page=) (20.5.2014).

Käthe **Leichter**: Wie leben die Wiener Heimarbeiterinnen? Eine Erhebung über die Arbeits- und Lebensverhältnisse von tausend Wiener Heimarbeitern, Wien 1923/1928.

Käthe **Leichter**: So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben, Wien 1932.

Käthe **Leichter**: Um die Existenz der arbeitslosen Frauen. In: Die Frau (7/1930), 7f.

Antonie **Platzer**: Die Hausgehilfin. In: Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien (Hg.): Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Wien 1930, 159-169.

Adelheid **Popp**: Haussklavinnen. Ein Beitrag zur Lage der Dienstmädchen, Wien 1912.

Rosika **Schwimmer**: Neue Heimkultur. Zentralhaushaltung – Einküchenhaus, Wien 1909, online unter: [www.literature.at/viewer.alo?viewmode=overview&objid=14389&page=](http://www.literature.at/viewer.alo?viewmode=overview&objid=14389&page=) (9.5.2015).

Max **Winter**: Streifzüge durch die Brigittenau. Eine Studie aus dem Leben des Proletariats. In: Arbeiterzeitung 12.11.1901, 3f., online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19011112&seite=3&zoom=33> (14.9.2015).

## Filme

**Augustine – Das Herz in der Hand.** Lebenslinien 1. Käthe Kratz, A 1984, 91 min. Lebenslinien 1-5, Edition der Standard: Der Österreichische Film 238, Wien 2014.

**Das Einküchenhaus.** Leopold Niernberger, A 1922, 35mm, s/w, stumm, 25 min.

**Das Notizbuch des Mr. Pim/Mr. Pim's Trip to Europe.** F.W. Rossak, A 1930, 16 mm, s/w, stumm, 76 min. Christian Dewald, Michael Loebenstein (Red.): Das Proletarische Kino in Österreich. DVD 1: Arbeiter Kino 1 – Spielfilme, Wien 2007.

**Ein Film vom neuen Wien.** F.W. Rossak, A 1926/27, 35 mm, s/w, stumm, 13 min. Österreichisches Filmmuseum, online unter: <http://stadtfilm-wien.at/film/49/> (14.9.2015).

**Frauenleben – Frauenlos.** Ein Film vom Leben arbeitender Frauen. Freie Gewerkschaften/Anna Borschek/Wilhelmine Moik, A 1931, 16mm, s/w, stumm, 35 min.

## Sekundärliteratur

Andrea **Althaus** (Hg.): Mit Kochlöffel und Staubwedel. Erzählungen aus dem Dienstmädchenalltag (= Damit es nicht verloren geht 62), Wien/Köln/Weimar 2010.

Irene **Bandhaus-Schöffmann**, Elsa **Hornung** (Hg.): Wiederaufbau weiblich. Dokumentation der Tagung „Frauen in der österreichischen und deutschen Nachkriegszeit“, Wien/Salzburg 1992.

Rainer **Bauböck**: „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute, Wien 1996 (= IHS Reihe Politikwissenschaft 31), online unter: [www.ihs.ac.at/publications/pol/pw\\_31.pdf](http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_31.pdf) (20.5.2014)

**BAWO-Frauenarbeitskreis**: Wie schläft die Marie? Eine Sammlung über die Lage wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen in Wien, 2007, online unter: [www.armutskonferenz.at/files/bawo\\_wie\\_schlaeft\\_die\\_marie-2007.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/bawo_wie_schlaeft_die_marie-2007.pdf), 5 (18.9.2015).

**Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO)**: Begriffsdefinitionen von Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung, online unter: [www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/definitionen.html](http://www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/definitionen.html) (14.9.1014).

Gerhard **Botz**: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945, Wien/Salzburg 1975.

Susanne **Breuss**: Gegen die herrschenden Verhältnisse. Zur Geschichte alternativer Wohn- und Lebensformen in Wien. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz (Hg.): Besetzt. Kampf um Freiräume seit den 70ern, Wien 2012, 38-43.

Elisabeth **Büttner**: Neues Wohnen. In: Filmhimmel 33 (2006), online unter: [http://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel\\_pdf/fh\\_033.pdf](http://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel_pdf/fh_033.pdf) (18.9.2015).

Christian **Dewald**: Proletarisches Kino in Österreich. In: Filmhimmel 29 (2006), online unter: [https://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel\\_pdf/fh\\_029.pdf](https://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel_pdf/fh_029.pdf) (18.9.2015).

Erich **Dimitz**: BettgeherInnen in Wien und Mariahilf, online unter: [www.bezirksmuseum.at/default/fileadmin/user\\_upload/Bezirke/Bezirk-06/Bettgeher-Text.pdf](http://www.bezirksmuseum.at/default/fileadmin/user_upload/Bezirke/Bezirk-06/Bettgeher-Text.pdf) (9.5.2014).

Felice **Drott**, Manuela **Oberegger**, u.a.: Gender (Mainstreaming) Manifest der "wieder wohnen" GmbH, Wien 2008, online unter: [www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/GM\\_Manifest\\_wieder\\_wohnen\\_GmbH.pdf](http://www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/GM_Manifest_wieder_wohnen_GmbH.pdf) (20.5.2014).

Peter **Eigner**, Herbert **Matis**, Andreas **Resch**: Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme. In: Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien 1999, 49-100, online unter: [www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/matis\\_wohnbau.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/matis_wohnbau.pdf) (14.4.2014).

Herbert **Exenberger**, Johann **Koß**, Brigitte **Ungar-Klein**: Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1939, Wien 1996.

Peter **Feldbauer**: Stadtwachstum und Wohnungsnot, Wien 1977.

Peter **Feldbauer**, Wolfgang **Hösl**: Die Wohnverhältnisse der Wiener Unterschichten und die Anfänge des genossenschaftlichen Wohn- und Siedlungswesens. In: Gerhard Botz u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien/München/Zürich 1978, 683-709.

Alfred Georg **Frei**: Austromarxismus und Arbeiterkultur. Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik im „roten“ Wien 1919-1934, Konstanz 1989.

**Fonds Soziales Wien**, [http://wohnen.fsw.at/wohnungslos/tages-u-beratungszentren/wieder-wohnen\\_ester](http://wohnen.fsw.at/wohnungslos/tages-u-beratungszentren/wieder-wohnen_ester) (20.9.2015).

Karin **Heitzmann**: Ist Armut weiblich? Ursachen von und Wege aus der Frauenarmut in Österreich. In: Forum Politische Bildung (Hg.): Geschlechtergeschichte – Gleichstellungspolitik – Gender Mainstreaming, Innsbruck/Bozen/Wien 2006, 41-48.

Robert **Hoffmann**: Entproletarisierung durch Siedlung? Die Siedlerbewegung in Österreich 1918 bis 1938. In: Gerhard Botz u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse, 713-141.

Wolfgang **Hösl**, Gottfried **Pirhofer**: Nichtbürgerliches Wohnen in Wien 1848-1914, Wien 1984.

Susanne **Jirsa**, Manuela **Oberegger** u.a.: Leitfaden zur gendergerechten Sozialen Arbeit bei "wieder wohnen", Wien 2013, online unter: [www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/20130919\\_WWO-Genderleitfaden\\_2013.pdf](http://www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/20130919_WWO-Genderleitfaden_2013.pdf) (20.5.2014).

Michael **John**: Hausherrenmacht und Mieterelend. Wohnverhältnisse und Wohnerfahrung der Unterschichten in Wien 1890-1923, Wien 1982.

Michael **John**: Mosaik, Schmelztiegel, Weltstadt Wien? Migration und multikulturelle Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. In: Wir. Zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Wien. Katalog zur Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 1996, 137-144, online unter: [www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/john.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/john.pdf) (28.5.2014).

**Magistratsabteilung 57** (Hg.): Wiener Gleichstellungsmonitor, Wien 2014, online unter: [www.wien.gv.at/menschen/frauen/pdf/gleichstellungsmonitor.pdf](http://www.wien.gv.at/menschen/frauen/pdf/gleichstellungsmonitor.pdf) (15.09.2015).

**Magistratsabteilung 24** (Hg.): Wiener Sozialbericht 2012 (= Wiener Sozialpolitische Schriften 6), Wien 2012, online unter: [www.wien.gv.at/gesundheit/einrichtungen/planung/pdf/sozialbericht-2012.pdf](http://www.wien.gv.at/gesundheit/einrichtungen/planung/pdf/sozialbericht-2012.pdf) (2.6.2014).

Wolfgang **Maderthaler**: Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945. In: Peter Csendes, Ferdinand Oppl (Hg.): Wien – Geschichte einer Stadt. Bd. 3: Von 1790 bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar 2006, 175-544.

Siegfried **Mattl**: Wien im 20. Jahrhundert (= Geschichte Wiens 6), Wien 2000.

Maximilian **Maurer**: Das Hofquartierwesen am Wiener Hof in der frühen Neuzeit, Wien Dipl.Arb. 2013.

Maria **Mesmer**: „Room of One's Own“. Räume, Geschlecht und Autonomie. Fallbeispiel Wien. In: Nußbaumer, Schwarz, Besetzt, 60-63.

Kludia **Novak**, Heinz Schoibl: Armut, soziale Ausgrenzung und Wohnungslosigkeit von Frauen in Österreich, 9/2000, online unter: [www.armutskonferenz.at/files/novak\\_schoibl\\_armut\\_wohnungslosigkeit\\_frauen-2000.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/novak_schoibl_armut_wohnungslosigkeit_frauen-2000.pdf) (18.9.2015).

## Filme

**Augustine – Das Herz in der Hand.** Lebenslinien 1. Käthe Kratz, A 1984, 91 min. Lebenslinien 1-5, Edition der Standard: Der Österreichische Film 238, Wien 2014.

**Das Einküchenhaus.** Leopold Niernberger, A 1922, 35mm, s/w, stumm, 25 min.

**Das Notizbuch des Mr. Pim/Mr. Pim's Trip to Europe.** F.W. Rossak, A 1930, 16 mm, s/w, stumm, 76 min. Christian Dewald, Michael Loebenstein (Red.): Das Proletarische Kino in Österreich. DVD 1: Arbeiter Kino 1 – Spielfilme, Wien 2007.

**Ein Film vom neuen Wien.** F.W. Rossak, A 1926/27, 35 mm, s/w, stumm, 13 min. Österreichisches Filmmuseum, online unter: <http://stadtfilm-wien.at/film/49/> (14.9.2015).

**Frauenleben – Frauenlos.** Ein Film vom Leben arbeitender Frauen. Freie Gewerkschaften/Anna Borschek/Wilhelmine Moik, A 1931, 16mm, s/w, stumm, 35 min.

## Sekundärliteratur

Andrea **Althaus** (Hg.): Mit Kochlöffel und Staubwedel. Erzählungen aus dem Dienstmädchenalltag (= Damit es nicht verloren geht 62), Wien/Köln/Weimar 2010.

Irene **Bandhaus-Schöffmann**, Elsa **Hornung** (Hg.): Wiederaufbau weiblich. Dokumentation der Tagung „Frauen in der österreichischen und deutschen Nachkriegszeit“, Wien/Salzburg 1992.

Rainer **Bauböck**: „Nach Rasse und Sprache verschieden“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute, Wien 1996 (= IHS Reihe Politikwissenschaft 31), online unter: [www.ihs.ac.at/publications/pol/pw\\_31.pdf](http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_31.pdf) (20.5.2014)

**BAWO-Frauenarbeitskreis**: Wie schläft die Marie? Eine Sammlung über die Lage wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen in Wien, 2007, online unter: [www.armutskonferenz.at/files/bawo\\_wie\\_schlaeft\\_die\\_marie-2007.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/bawo_wie_schlaeft_die_marie-2007.pdf), 5 (18.9.2015).

**Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO)**: Begriffsdefinitionen von Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekärer Wohnversorgung, online unter: [www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/definitionen.html](http://www.bawo.at/de/content/wohnungslosigkeit/definitionen.html) (14.9.1014).

Gerhard **Botz**: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945, Wien/Salzburg 1975.

Susanne **Breuss**: Gegen die herrschenden Verhältnisse. Zur Geschichte alternativer Wohn- und Lebensformen in Wien. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz (Hg.): Besetzt. Kampf um Freiräume seit den 70ern, Wien 2012, 38-43.

Elisabeth **Büttner**: Neues Wohnen. In: Filmhimmel 33 (2006), online unter: [http://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel\\_pdf/fh\\_033.pdf](http://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel_pdf/fh_033.pdf) (18.9.2015).

Christian **Dewald**: Proletarisches Kino in Österreich. In: Filmhimmel 29 (2006), online unter: [https://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel\\_pdf/fh\\_029.pdf](https://filmarchiv.at/rte/upload/filmhimmel_pdf/fh_029.pdf) (18.9.2015).

Erich **Dimitz**: BettgeherInnen in Wien und Mariahilf, online unter: [www.bezirksmuseum.at/default/fileadmin/user\\_upload/Bezirke/Bezirk-06/Bettgeher-Text.pdf](http://www.bezirksmuseum.at/default/fileadmin/user_upload/Bezirke/Bezirk-06/Bettgeher-Text.pdf) (9.5.2014).

Felice **Drott**, Manuela **Oberegger**, u.a.: Gender (Mainstreaming) Manifest der "wieder wohnen" GmbH, Wien 2008, online unter: [www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/GM\\_Manifest\\_wieder\\_wohnen\\_GmbH.pdf](http://www.wiederwohnen.at/downloads/dokumente/GM_Manifest_wieder_wohnen_GmbH.pdf) (20.5.2014).

Martina **NUSSBAUMER**, Werner Michael SCHWARZ (Hg.): Besetzt. Kampf um Freiräume seit den 70ern, Wien 2012.

Michael **Ofner**: Am Rand der Gesellschaft: Obdachlosigkeit im historischen Kontext und eine Analyse der Gegenwart, Wien Dipl.Arb. 2010.

**OPFERLISTE** Ägidigasse, online unter: [www.erinnern-fuer-die-zukunft.at/materialien.html](http://www.erinnern-fuer-die-zukunft.at/materialien.html) (18.9.2015).

Christoph **Reinprecht**: Zurückgekehrt. Identität und Bruch in der Biographie österreichischer Juden, Wien 1992.

Hiltraud **Schmidt-Waldherr**: Emanzipation durch Küchenreform? Einküchenhaus versus Küchenlabor. In: l'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft (1/1999), 57-76.

Margarethe **Szeless**: Emil Kläger & Erwin Drawe. „Durch die Wiener Quartiere des Elends und Verbrechens“. In: Werner Michael Schwarz u.a. (Hg.): Ganz unten. Die Entdeckung des Elends, Wien 2007, 99-109.

**Volkshilfe Wien**, Fachstelle für Wohnungssicherung – FAWOS: Jahresbericht 2011, Wien 2012, online unter: [www2.volkshilfe-wien.at/archiv/fawos/Jahresbericht\\_2011.pdf](http://www2.volkshilfe-wien.at/archiv/fawos/Jahresbericht_2011.pdf) (2.6.2014).

**Weblexikon** der Wiener Sozialdemokratie. Eintrag: Gleichheit, online unter: [www.dasrotewien.at/gleichheit.html](http://www.dasrotewien.at/gleichheit.html) (14.9.2015); Eintrag: Siedlerbewegung, online unter: [www.dasrotewien.at/siedlerbewegung.html](http://www.dasrotewien.at/siedlerbewegung.html) (13.4.2015); Eintrag Heimhof, online unter: [www.dasrotewien.at/heimhof.html](http://www.dasrotewien.at/heimhof.html) (9.5.2015).

**WIFO**: Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963. Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 14. Sonderheft 1965, online unter: [www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1965Sonderheft\\_14.pdf](http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1965Sonderheft_14.pdf) (23.5.2014).

## Bildnachweis:

Abbildung 1 bis 4: Filmstills aus: Ein Film vom neuen Wien (1926), Österreichisches Filmmuseum, Wien

Abbildung 5 und 6: Käthe Leichter: So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben. Wien 1932

Abbildung 7: Anonym, Wohnungen im Einküchenhaus, o.O., o.D., 1927, WB-Signatur P-22832 Wienbibliothek im Rathaus, Plakatsammlung

Abbildung 8 bis 10: Das Einküchenhaus (Innen- und Außenaufnahmen), Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Wien, Sacharchiv, L 12/M 33-1, © Johannes Faber

Abbildung 11 und 12: Die FrauenWerkStadt I © Alexandra Kromus / PID

Abbildung 13 bis 16: „Geteilte Räume“ Fotos Abschlussfest © Mario Lang



## 9 Bibliografie

### Schriftliche Quellen

Viktor **Adler**: Die Lage der Ziegelarbeiter. In: Viktor Adler. Aus seinen Reden und Schriften. Ausgewählt von Anton Tesarek, Wien 1947, 179-187.

**Bundespressediens**t (Hg.): Österreichisches Jahrbuch 1925, Wien 1926.

**Bundespressediens**t (Hg.): Österreichisches Jahrbuch 1927, Wien 1928.

Robert **Danneberg**: Kampf gegen die Wohnungsnot. Ein Vorschlag zur Lösung bei Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, Wien 1921.

**Gemeinde Wien** (Hg.): Das neue Wien. Städtewerk. Band 3, Wien 1927.

**Gesetz** betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, 3.12.1863 (RGI 105/1863), online unter: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=rgb&datum=18630004&seite=00000368&size=45> (20.5.2014).

**Großstadtelend**. In: Arbeiterzeitung 18.4.1911, 4, online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19110418&seite=4&zoom=33> (14.9.2015).

**H.H.**: Ehe und Staat. Professor Dr. Wilhelm Schmidts zweiter Universitätsvortrag. In: Reichspost 5.9.1925, 6, online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19250905&seite=6&zoom=33> (2.6.2015).

**Hausordnung** des Vereins Erzherzogin Marie Valerie Wiener Frauenheim, 1911, online unter: [www.literature.at/viewer.alo?objid=24100&page=1&viewmode=fullscreen](http://www.literature.at/viewer.alo?objid=24100&page=1&viewmode=fullscreen) (20.5.2014).

**Jahresbericht** des Frauen-Wohlthätigkeits-Verein für Wien und Umgebung, online unter: [www.literature.at/collection.alo?from=1&to=50&orderby=author&sortorder=a&objid=22725&page=](http://www.literature.at/collection.alo?from=1&to=50&orderby=author&sortorder=a&objid=22725&page=) (20.5.2014).

Käthe **Leichter**: Wie leben die Wiener Heimarbeiterinnen? Eine Erhebung über die Arbeits- und Lebensverhältnisse von tausend Wiener Heimarbeitern, Wien 1923/1928.

Käthe **Leichter**: So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben, Wien 1932.

Käthe **Leichter**: Um die Existenz der arbeitslosen Frauen. In: Die Frau (7/1930), 7f.

Antonie **Platzer**: Die Hausgehilfin. In: Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien (Hg.): Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Wien 1930, 159-169.

Adelheid **Popp**: Haussklavinnen. Ein Beitrag zur Lage der Dienstmädchen, Wien 1912.

Rosika **Schwimmer**: Neue Heimkultur. Zentralhaushaltung – Einküchenhaus, Wien 1909, online unter: [www.literature.at/viewer.alo?viewmode=overview&objid=14389&page=](http://www.literature.at/viewer.alo?viewmode=overview&objid=14389&page=) (9.5.2015).

Max **Winter**: Streifzüge durch die Brigittenau. Eine Studie aus dem Leben des Proletariats. In: Arbeiterzeitung 12.11.1901, 3f., online unter: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19011112&seite=3&zoom=33> (14.9.2015).